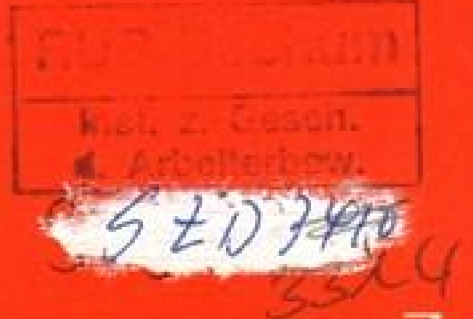
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs



P.b.b.
Preis: S 8,-

Erscheint jeden zweiten Montag. **Redaktion:** Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180.-, Halbjahresabonnement S 100.- **Zu beziehen über:** KB Österreichs — Vertrieb

Nr. 20/80
25.8.1980

Der ÖGB muss die polnischen Arbeiter unterstützen!

Die Verhandlungen zwischen dem Streikkomitee der Arbeiter von Gdansk, Gdynia und Zoppot (MKS) und der polnischen Regierung sind in der Nacht auf Sonntag ergebnislos abgebrochen worden. Daß die Arbeiter Verhandlungen mit MKS durchsetzen konnten, ist ein Erfolg, der Spaltungsabsichten der Regierung durchkreuzte. Daß Jagielski keinerlei Zusagen machte, sondern lediglich "Prüfung" der Forderungen "in Aussicht stellte", stellt demgegenüber eine neuerliche Provokation der Arbeiter dar. Das Regime will durch Verhandlungsmanöver Zeit gewinnen. Aber wofür? Die Zeit arbeitet nicht für das Regime, jedenfalls nicht für eine "politische Lösung" gegen die Arbeiter. In den letzten Tagen hat sich die Streikbewegung immer mehr ausgedehnt und gefestigt. Die Drohungen mit einer sowjetischen Intervention sind deutlicher geworden. Neuerlich wurden am Samstag Verhaftungen vorgenommen, aber wiederum nicht in den Streikzentren. Der Kampf hat sich mit dem Abbruch der Verhandlungen in



Gdansk verschärft. Umso dringender ist Unterstützung der polnischen Arbeiter durch die internationale Arbeiterbewegung. Der ÖGB muß seine Beziehungen zu den Staats"gewerkschaften" abbrechen, die Streikkomitees und die Forderungen der Arbeiter anerkennen und ihren Kampf moralisch, politisch und materiell unterstützen. Siehe den Artikel auf S.3.

Herbstlohnrunde beginnt

Am 2. September beginnen die Lohnverhandlungen für die Metallarbeiter. Das betrifft direkt 340.000 Arbeiter. Gerade die Metallerlohnrunde hat für die ganze Arbeiterklasse große Bedeutung. An ihr orientieren sich die meisten anderen Branchen. Auch die Verhandlungen im öffentlichen Dienst sind von großer Bedeutung. Sie sollen ebenfalls im September beginnen. Insgesamt werden bis Ende des Jahres Lohnverhandlungen für 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte geführt werden.

Eine Forderung hat bisher nur die Gewerkschaft der Schuhindustrie bekanntgegeben: Erhöhung der Ist-Löhne um 7,5%. Bedenkt man die Höheren Abzüge so würde ein solcher Abschluß um 1,5 bis 2% unter der Inflationsrate liegen! Dazu muß man noch damit rechnen, daß es den Kapitalisten gelingt, noch beträchtlich unter der Forderung abzuschließen. Auf jedenfall haben sie schon erklärt, daß bei einer Lohnerhöhung um 7,5% die Schuhindustrie eingehen müßte. Wer wirklich "eingehen" muß bei einer solchen Forderung sind die Arbeiter in der Schuhindustrie, die ohnehin schon extrem schlecht bezahlt werden!

Seit mindestens drei Jahren gibt es Reallohnabbau. Außerdem ist die Intensität der Arbeit gewaltig gesteigert worden und die am schlechtesten bezahlten Teile der Arbeiterklasse sind mit ihren Löhnen immer weiter zurückgeblieben, was Spaltung der Arbeiter bedeutet. Das alles müßte man bei dieser Lohnrunde stoppen. Es geht nicht darum, "das Erreichte zu sichern". Soll man jahrelangen Reallohnabbau sichern? Es geht darum, einen ersten Schritt zu machen, um für Akkord- und Schichtarbeiter den ständig wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft einzuschränken, damit man dann weitergehen kann zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter es geht darum durch Mindestbeträge bei der Lohnforderung die untersten Lohngruppen hinaufzuziehen um der Spaltung der Arbeiter entgegenzutreten und die Kampfkraft zu erhöhen.

Samstag hat Zentralsekretär Wille seine Vorstellungen für die Lohnrunde bekanntgegeben Diese laufen auf einen Brutto-Abschluß unter der Inflationsrate hinaus. Das kann nicht die Orientierung der Metallarbeiter sein. Es hängt jetzt viel davon ab, wie weit es bis zur Zentralvorstandssitzung am 1.9. eine andere Orientierung in der Gewerkschaft durchzusetzen. Lesen Sie unsere Beiträge auf Seite 7+8.

Dringende Forderungen für die Postler

Im September sollen die Gehaltsverhandlungen für die öffentlich Bediensteten beginnen. Die Gewerkschaft der Eisenbahner, die Postgewerkschaft, die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst verhandeln gemeinsam mit der Regierung. Diese Gehaltsverhandlungen betreffen ein Fünftel aller österreichischen Lohnabhängigen.

Weit verbreitet ist der Aberglaube, die öffentlich Bediensteten seien alles Leute, die mit Ärmelschonern in verstaubten Büros schlafen und denen es ohnehin viel besser geht als den Arbeitern und einfachen Angestellten. Die Regierung nützt und fördert diesen Aberglauben, um die öffentlich Bediensteten von den anderen Werktätigen abzuspalten. Tatsächlich ist es anders: Ein großer Teil der öffentlich Bediensteten sind Arbeiter und bilden einen wichtigen Teil des Proletariats, wie z.B. die Eisenbahner. Auch Postler, Krankenschwestern, Gemeindearbeiter usw. haben einen harten Dienst.

Für die Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst gibt es weitgehend ähnliche Gesichtspunkte wie für die Lohnrunde in der Industrie. Ebenso wie bei den Metallarbeitern ist eine Gehaltsforderung von 9%, mindestens 900 Schilling, notwendig. Ebenso ist es notwendig, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu fordern. Außerdem muß das Gehaltsniveau in Richtung Industrielohnniveau gehoben werden. Und schließlich ist es wichtig, auch erste Forderungen gegen die besondere Entrechtung durch das Dienstrecht aufzustellen.

Seite 7

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: [illegible]. Alle: 1050 Wien, Kleine Neugasse 11 / 18, Eigendruck.

Von Oktober bis Januar:

Noch eine Viertelmillion für Kampuchea!

Im März hat das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs zu einer Spendensammlung für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea aufgerufen. Ende Juli haben wir diese erste Spendensammlung abgeschlossen. Ziel waren 200.000 Schilling zu sammeln und die Verdoppelung durch die Regierung durchzusetzen. Die Verdoppelung ist uns zwar nicht gelungen, dafür haben wir aber mehr als 270.000 Schilling gesammelt und somit das Ziel um ein Drittel übertroffen.

In der letzten Nummer unseres Zentralorgans haben wir einen Überblick über die Aktivitäten unserer Ortsgruppen und Zellen gegeben. Klar kommt dabei zum Ausdruck, daß die Überbietung dieses Zieles nur möglich war, weil wir uns auf die Massen gestützt haben und weil wir offensiv für den Kampf des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression und der sowjetischen Globalstrategie eingetreten sind. Und weil es uns gelungen ist, einen Beitrag zur Zurückdrängung der jahrelangen Lügenpropaganda über das Demokratische Kampuchea zu leisten.

Wie wir auch schon festgestellt haben, sind 270.000 Schilling ein relativ bescheidener Beitrag. 21.600 Malariakranke können mit diesem Geld für einen Tag medikamentös behandelt werden. Dabei hat die Regierung des Demokratischen Kampuchea nicht nur mit dieser Krankheit zu kämpfen. Die vietnamesische Aggression fordert auch auf dem Schlachtfeld tagtäglich neue Opfer, die medizinisch versorgt werden müssen.



Medizinisches Hilfsmaterial wird nach Kampuchea gebracht. Wieder können viele Kampucheaner von Malaria und anderen Krankheiten geheilt werden.

Das Zentralkomitee hat daher beschlossen in der Zeit vom 1. Oktober 1980 bis Anfang Jänner 1981 eine weitere Spendensammlung für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea durchzuführen. Das Ziel ist, eine weitere viertel Million Schilling in diesem Zeitraum zu sammeln.

Wir werden dabei den ideologischen und politischen Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus noch verstärken und ausweiten müssen. Wir werden mehr und besser als bisher der schädlichen Handlangerpolitik der österreichischen Bourgeoisie gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus entgegentreten müssen. Auch für die österreichische Arbeiterklasse gewinnt die Frage der nationalen Unabhängigkeit und der Zusammenschluß mit allen Völkern der Welt in der heutigen internationalen Situation immer größere Bedeutung.

Zwar sind die Mittel bescheiden, die wir für diese Arbeit einsetzen können, doch werden wir insbesondere solche Mittel schaffen, die jedem die Möglichkeit geben, aktiv seinen Beitrag zur Unterstützung des Kampfes des Demokratischen Kampuchea und des Roten Kreuzes zu leisten.

Das werden Postkarten mit dem Aufdruck der wichtigsten Forderungen sein die an die Bundesregierung geschickt werden können und es sollen Spendenblocks hergestellt werden, die jeder beziehen und damit selbständig sammeln kann, um danach zwecks Weiterleitung der gesammelten Summe an das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea mit uns die Abrechnung durchzuführen. Es soll zu dem schon bestehendem Informationsmaterial noch weiteres geschaffen werden. (n)

ENDERGEBNIS DER SPENDENSAMMLUNG

Wien	168.838,24
Graz	55.805,15
Salzburg	36.012,10
Klagenfurt/Celovec	8.402,-
andere	12.885,-
Gesamt	281.948,39



Das Demokratische Kampuchea steht mit den Völkern Afghanistans und Eritreas an vorderster Stelle im zähen und langwierigen Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus. Jeder, der Imperialismus und Völkermord haßt, jeder, der für Frieden und Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist, muß einen aktiven Beitrag zur Unterstützung der kämpfenden Völker leisten.

Im Namen des Roten Kreuzes des Demokratischen Kampuchea danken wir allen jenen, die durch ihre Mitarbeit und Spenden zum Erfolg der Sammlung beigetragen haben.

Wir werden vom kommenden Oktober bis Anfang Jänner 1981 eine weitere Spendensammlung zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea durchführen.

Materialien zur Beteiligung an der Spendensammlung können unter folgender Adresse bestellt werden:

Kommunistischer Bund Österreichs
Postfach 101
1052 Wien

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

KOMMUNISTISCHER BUND ÖSTERREICHS (KB)

Lerne den KLASSENKAMPF kennen!

Um Verwechslungen zu vermeiden: Nicht der Klassenkampf ist hier gemeint, sondern der KLASSENKAMPF – das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs.
Den Klassenkampf kennst Du aus eigener Erfahrung. Die Bourgeoisie führt ihn zur Niederhaltung von Arbeiterklasse und Volk. Und für Arbeiterklasse und Volk wiederum führt der einzige Weg zur Befreiung von der kapitalistischen Ausbeuterklasse und ihrem Profitsystem über den Klassenkampf.
Der KLASSENKAMPF trägt den selben Namen nicht zufällig.
Als Zentralorgan der österreichischen Kommunisten soll der dem revolutionären Kampf der österreichischen Arbeiterklasse dienen.
Der KLASSENKAMPF ist die einzige österreichische Zeitung, der es um die Sache der Arbeiter geht: Deshalb sollte jeder Arbeiter den KLASSENKAMPF lesen! Jetzt kannst auch Du den KLASSENKAMPF kennenlernen. Mit dem beiliegenden Kupon kannst Du entweder 2 Gratisprobenummern bestellen, oder Du kannst den KLASSENKAMPF gleich abonnieren. Für ein halbes oder für ein ganzes Jahr. Am besten gleich ausfüllen und einsenden an:

KLASSENKAMPF, 1052 Wien – Postfach 101

- [ ] Sendet mir zwei kostenlose Probenummern des KLASSENKAMPF
- [ ] Ich abonniere den KLASSENKAMPF für ein halbes Jahr ab Bestelldatum zum Preis von öS 100,-
- [ ] Ich abonniere den KLASSENKAMPF für ein ganzes Jahr ab Bestelldatum zum Preis von öS 180,-

Den fälligen Betrag zahle ich (gilt nur für Abo-Bestellung!)

- [ ] mit beiliegendem Geld
- [ ] per Nachnahme bei Erhalt der ersten Nummer
- [ ] per Erlagschein nach Erhalt der ersten Nummer

Name: ....
Adresse: ....
Datum: .... Unterschrift: ....

Der KLASSENKAMPF erscheint alle 14 Tage und kostet per Stück öS 8,-
Einzelexemplare können bei obiger Adresse bezogen werden

Kundgebungen des Kommunistischen Bundes am 21. August

Am Donnerstag, den 21. August, trat unsere Ortsgruppe in der Meidlinger Fußgängerzone auf. Es gab reges Interesse, und breite Unterstützung für den Kampf der polnischen Arbeiter. Die Genossen hatten Plakate umgehängt, verteilten Flugblätter und verkauften unser Zentralorgan. Ein Protestmarsch durch die Fußgängerzone erregete trotz Verspätung, (erst um 17.30) einiges Aufsehen.

In den Gesprächen drückten zwar viele Menschen ihre Solidarität mit den Osteuropäischen Völkern und ihrem Kampf aus, jedoch beklagten sie sich auch darüber, daß "bei uns nicht viel geschehe" oder fragten sich auch, welche Bedeutung es überhaupt habe. Insbesondere wurde die Gewerkschaftsführung kritisiert, die sich in Schweigen hüllt. Im Zusammenhang mit den Kämpfen in Polen propagierten wir unsere Auffassung, daß der ÖGB seine Beziehungen zur Staats"gewerkschaft" in Polen abbrechen muß und die Ziele des Streikes unterstützen muß. Alleine die Tatsache, daß es in Österreich eine politische Organisation gibt, die gegen die sowjetische Aggression und Hegemonialpolitik stellt, wurde von vielen hervorgehoben. Die Plakate, die zur Kundgebung aufriefen und die Hitler und Breschnew zeigen, stießen auf großes Interesse, wie man den Mienen zahlreicher Leute, die davor standen entnehmen konnte.

Die Aktion hat jedoch deutlich gezeigt: Es gibt heute in Österreich außer unserer Organisation keine politische Organisation oder Gruppierung, die tatsächlich den Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus führen will und die Arbeiter- und Volksmassen über deren wahren Charakter aufklärt.

Wir haben zweimal an 24 verschiedenen Organisationen Einladungen zu gemeinsamen Verhandlungen über gemeinsame Aktionen anläßlich des 12. Jahrestages des Einmarsches in der CSSR geschickt. Vom ÖGB, ÖGJ, SJ, JG bis zur KAJ und der "linken". Gekommen ist keiner.

Vor einem Jahr noch haben Herren wie Cap zur CSSR gesagt, in ihren Reihen fänden gerade Debatten über die Beurteilung der sowjetischen Okkupation 1968 statt und man wisse noch nicht was man davon zu halten habe. Ein Jahr später ist über diese Debatte zwar auch noch nichts bekannt, aber die Praxis weist in eine klare Richtung: Unterwürfigkeit, Beschönigung, offene Propaganda der verbrecherischen Taten der Sowjetunion.

Daß keiner erschienen ist, ist eine sehr ernste Sache. Ernst, weil es auf den starken Einfluß des Sozialimperialismus hinweist. Andererseits aber heißt das, daß große Aufgaben vor unserer Organisation stehen, die verbreiteten Illusionen über die Sowjetunion zu bekämpfen und zu schlagen. (Ortsleitung Wien)

Auf einer Veranstaltung der Ortsgruppe Salzburg unterstützten die 28 Teilnehmer einstimmig eine Resolution an den ÖGB, worin gefordert wird: Abbruch der Beziehungen zur offiziellen Verrätergewerkschaft, Anerkennung des Streikkomitees MKS, Unterstützung des Streiks der polnischen Arbeiter!

ÖGB muss polnische Arbeiterbewegung unterstützen

Nach wie vor steht Gdansk (Danzig) und weiters die Ostseeküste um Zoppot und Gdynia (Gdingen) im Zentrum der Streikbewegung in Polen. Zwischen Anfang Juli und der vorletzten Woche hatten insgesamt etwa eine halbe Million Arbeiter in über 150 Betrieben in mehreren Streikwellen gestreikt. Vorletzte Woche übernahmen die Hafen- und Werftarbeiter von Gdansk die Führung. Im Mittelpunkt stand die Lenin-Werft mit 17.000 Arbeitern. Seither hat sich die Streikfront immer weiter ausgedehnt. Am 22.8. streikten 420 Betriebe mit einer Million Arbeiter. Der Streik hatte sich von den Küstenregionen um Gdansk, Gdynia und Zoppot, wo bereits Generalstreik herrschte, auf die westliche Ostseeküste um Stettin, in die schlesischen Bergbau- und Industriegebiete ausgedehnt, erstmals auch die Kohlen- und anderen Bergwerke erfaßt, die Eisen- und Stahlindustrie ergriffen. Besonders wichtig war der Streik im Stahlwerk Nowa Huta nahe Krakow (Krakau), wo 40.000 Arbeiter beschäftigt sind. Die wichtigsten bestreikten Betriebe sind besetzt, die Gdansker Werften bereits seit mehr als zehn Tagen. Die Arbeiter haben zusammen mit Bauern die Lebensmittelversorgung in die Betriebe hinein organisiert, in Gdansk haben sich 300 private Taxifahrer mitsamt ihren Wagen dem Streikkomitee als Kommunikations- und Verkehrsapparat zur Verfügung gestellt, die Bauern haben vielfach die Lieferungen an die staatlichen Lebensmittelabnehmer eingestellt und liefern statt dessen an die Streikkomitees. Die Druckerei und das Radionetz der Leninwerft wurde von den Arbeitern übernommen. Überhaupt bildet die Leninwerft ein Zentrum der Streikbewegung. Das Streikkomitee hat die Staatsgewerkschaft aufgelöst und sich selbst zum neuen Betriebsrat erklärt.

Die Streiks sind ausgezeichnet organisiert, individuelle Vorstöße wie noch 1976 gibt es keine mehr, Streikposten bewachen die Betriebe, schirmen sie gegen Organe der Staatsmacht ab und achten auch darauf, daß nicht Provokateure Maschinen oder Anlagen zerstören.

ZUSAMMENSCHLUSS DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES

Die Gdansker Arbeiter haben ihre Streikkomitees rasch zu einem überbetrieblichen Streikkomitee, mit Namen MKS, zusammengeschlossen. Kurz darauf hat das MKS die ganze östliche Ostseeregion von Gdansk, Gdynia und Zoppot umfaßt. Im Kampf haben nale Arbeitergewerkschaft entstandene, die weit mehr als 100.000 ~~Arbeiter vertrat~~. Im Kampf haben die Arbeiter sich – gegen die Staats"gewerkschaften", die Büttel des Staates bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter sind – neue Gewerkschaften aufgebaut, jedenfalls damit begonnen. Diese neuen Gewerkschaften verkörpern den Zusammenschluß der Arbeiterklasse in einer einheitlichen Organisation, wenn dies natürlich auch nicht ersetzen kann, daß die Streikbewegung unter keiner organisierten revolutionären Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei steht. Die Arbeiter selbst halten, wie immer der jetzige Kampf ausgeht, die Erhaltung und Stärkung der neu geschaffenen Gewerkschaften für eines der wichtigsten Ziele des ganzen Kampfes.

Die MKS ist aber auch zum Kristallisationspunkt des ganzen Volkswiderstandes in der Region geworden: Die Bauern, die die Lebensmittel direkt den Arbeitern liefern wollen, wenden sich an das Streikkomitee. Es spielt faktisch die Rolle einer Vorhut und Führung des gesamten Volkes.



Lech Walesa, einer der Streikführer, spricht zu den Arbeitern der Lenin-Werft in Danzig.

DAS FORDERUNGSPROGRAMM

In einer breiten Willensbildung wurde von den Werftarbeitern ein 16-Punkte-Forderungsprogramm erarbeitet, das zum Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse und der Volksmassen Polens geeignet ist.

Das Forderungsprogramm enthält wirtschaftliche und politische Forderungen. Gefordert werden Lohnerhöhungen von 2.000 Zloty (jetziger Monatslohn der Werftarbeiter 6.000 Zloty), Lohnfortzahlung während des Streiks, automatische Bindung der Löhne an die Preisentwicklung, Fleischrationierung und Beseitigung des Preiswuchers bei Fleisch. Gefordert werden zweitens demokratische Rechte, vor allem Streikfreiheit, Aufhebung der Zensur, (von den Streikkomitees autorisierte) Berichterstattung in den Massenmedien über den Streik, Pressefreiheit, Freilassung aller politischen Häftlinge, freier Zugang der Religionen zu den Massenmedien; auch wird gefordert, daß kein Streikender verfolgt werden darf. Drittens wird gefordert, daß der Zentralrat der Staats"gewerkschaft" aufgelöst wird,; dies wurde nach der faktisch bereits erfolgten Beseitigung dieser "Gewerkschaft" auf Betriebsebene die Auflösung der Staats"gewerkschaften" bedeuten; auch die Anerkennung der Streikkomitees und des MKS als Gewerkschaft der Arbeiter wird gefordert. Weitere Forderungen richten sich gegen die Privilegien der neuen Bourgeoisie in Polen; unter anderem wird die Schließung der sogenannten "Spezialläden" gefordert. Gefordert wird die Einstellung aller Lebensmittelexporte, wenn der innere Markt nicht ausreichend versorgt ist – das richtet sich gegen die Ausplünderung des Landes durch die Sowjetunion. Gefordert wird auch die Errichtung eines Denkmals für die 45 Toten, die der Einsatz von Polizei und Militär gegen die Streikenden 1970 in Gdansk kostete. Schließlich auch die Wiederherstellung der telefonischen Verbindungen von Gdansk mit der Außenwelt.

SPALTUNGSVERSUCHE DER STAATSMACHT

Die Staatsmacht hat alles versucht, um die Streikfront zu spalten. Zuerst hat sie alle Telefonverbindungen von und nach Gdansk unterbrochen. Bis heute ist das so. Es gab auch Pläne, die Stadt auszuhungern, und Teile der Bevölkerung dadurch aufzuwiegeln, das haben die Bauern durchkreuzt, indem sie mit den Arbeitern zusammen die Lebensmittelversorgung selbst organisiert haben. Dann folgten Spaltungsversuche der Art, daß versucht wurde, die Arbeiter der Leninwerft durch Erfüllung eines Teils ihrer Forderungen von den übrigen Arbeitern abzuspalten. 1.200 Zloty Lohnerhöhung wurde angeboten, aber von den Arbeitern abgelehnt, die Staatsmacht hat jetzt 1.500 Zloty angeboten. Jeder Werftarbeiter soll eine schriftliche Zusicherung bekommen, daß er nicht verfolgt wird. Das geforderte Denkmal wird aufgestellt. Durch den Streik entstehender Lohnausfall wird abgegolten. Die Wahlen in die Gewerkschaftsorgane sollen ab jetzt frei sein. Das ist das Angebot. Aber am vorigen Wochenende haben die Werftarbeiter die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Den Autobusfahrern von Gdansk wurden sogar 2.100 Zloty Lohnerhöhung angeboten, sie haben ebenfalls abgelehnt und daran festgehalten, daß nicht einzelne Belegschaften, sondern nur das MKS mit der Regierung verhandelt. Der Versuch, in den wirtschaftlichen Forderungen nachzugeben, aber die politischen strikt abzulehnen und dadurch die Streikbewegung auseinanderzudividieren, ist kläglich gescheitert. Die Arbeiter haben gerade auf die politischen Forderungen den größten Wert gelegt. Inzwischen versucht das Regime, die politischen Forderungen, vor allem die nach Auflösung der Staats"gewerkschaften" und Anerkennung und Anerkennung des Streikkomitees als Arbeitervertretung, zu unterlaufen, indem mehr Macht für die "Arbeiterselbstverwaltungsorgane" vorgeschlagen wird; in Zukunft sollten Partei, "Gewerkschaft" und diese Organe (siehe dazu KLASSENKAMPF 19/80) gemeinsam in Betrieb etwas zu reden haben. Die Arbeiter haben das strikt abgelehnt, weil es nur dazu dient, ihre wichtigsten Forderungen abzuwürgen. Der Versuch Babiuchs und Giereks, die politischen Forderungen einiger "antisozialistischen Elementen" zuzuschreiben, während die Arbeiter nur ein paar wirtschaftliche Verbesserungen, natürlich "berechtigt" und vom ZK der PVAP sowieso schon längst geplant, wollten, ist bereits wieder von der Bildfläche verschwunden, wird allerdings neu aufleben, wenn die Staatsmacht ein gewaltsames Eingreifen vorbereitet. Gegenwärtig versucht das Regime vor allem, die Streikbewegung, zu zersplittern und zu spalten, indem es zwar mit einzelnen betrieblichen Streikkomitees, nicht aber mit dem MKS verhandeln will. Die versuchte Einschüchterung der Streikenden durch Verhaftungen hat zu nichts geführt: In Gdansk mußte die Staatsmacht drei verhaftete Streikführer nach großen Demonstrationen wieder freilassen. In den letzten Tagen wurden einige Vertreter des KOR, darunter Jacek Kuron, insgesamt bis zum 22.8. vierundzwanzig, verhaftet. Das trifft aber die Streikfront der Arbeiter selbst nicht, sondern nur die Verbindungen und Kommunikationen, auch die nach außen. Es soll auch die Intellektuellen und andere nichtproletarische Klassen und Schichten einschüchtern.

Das MKS hat beschlossen, die Freilassung der verhafteten KOR-Mitglieder zur Vorbedingung weiterer Verhandlungen mit dem Regime zu machen. (Inzwischen wurden fünf der vierundzwanzig freigelassen).

DROHT EIN SOWJETISCHES EINGREIFEN?

Die Staatsmacht ist bereits sehr angeschlagen Babiuch hatte gedroht: "Wir haben unsere treuen Freunde und Verbündete, die wegen unserer Schwierigkeiten beunruhigt sind, die aber glauben, daß wir in der Lage sind, diese Sorgen aus eigenen Kräften zu bewältigen.". Die "treuen Freunde und Verbündeten" haben in Polen zwei Panzerdivisionen stehen. Jede davon umfaßt 11.000 Mann und 325 Panzer. Wird es für die Staatsmacht notwendig, militärisch gegen die Streikenden, was bisher als ausgeschlossen dargestellt wurde, vorzugehen, wird sie ihre Armee und Miliz kaum einsetzen können. Es ist unmöglich, daß die Volksbewegung nicht auch auf die Armee und Miliz übergreift. Werden sie gegen das eigene Volk geschickt, kann es leicht zum Aufstand in den bewaffneten Formationen kommen. Polen ist für die Sowjetunion von entscheidender strategischer Bedeutung. Die Sowjetunion plant ihren Hauptstoß beim Angriff gegen Westeuropa aus der DDR heraus, wo sie auch bereits 20 Divisionen konzentriert hat. Die Hauptnachschublinie für diese Truppen und für diesen Angriff geht über Polen. Man braucht nur einen Blick auf die Landkarte zu werfen, um zu sehen, von welch entscheidender Bedeutung Polen in strategischer Hinsicht ist.

Offenkundig verstärkt die Sowjetunion ihre Militärpräsenz in den polnischen Ostgebieten. Das läßt sich aus dem deutlich intensivierten militärischen Flugverkehr in diesen Gebieten ersehen. Ebenso an der CSSR- und DDR-Grenze zu Polen. Weiters werden gerade Manöver des Warschauer Paktes vorbereitet, namens "Waffenbrüderschaft 80". 40.000 Mann üben hauptsächlich auf dem östlichen Gebiet der DDR, aber auch in der Ostsee, auch vor der polnischen Küste. Auch Marineinfanterie nimmt an den Manövern teil – und ohne solche Marineinfanterie wäre jedenfalls eine Intervention gegen die Ostseehäfen überhaupt nicht zustandezubringen angesichts der Unterstützung, die die Arbeiter durch das gesamte Volk genießen.

Sicherlich würde die Sowjetunion eine solche Intervention lieber vermeiden, aber das ist ja nicht die Frage. Die Frage ist, ob sie die Arbeiterbewegung anders unterdrücken kann oder nicht. Außer gewaltigen ökonomischen Auswirkungen des Kampfes ist es auch so, daß die politische Macht des Regimes von Tag zu Tag mehr untergraben wird. Wie lange kann die Sowjetunion dieser Entwicklung noch zuschauen? Insbesondere werden beträchtliche Teile der polnischen Bourgeoisie auf eine "militärische Lösung" drängen, um nicht Kopf und Kragen zu riskieren. Auch die DDR- und CSSR-Bourgeoisie dürfte eher daran rasch interessiert sein.

Andererseits würde die Sowjetunion ein großes Risiko eingehen. Ein Sprecher des KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) erklärte: "Wenn Sowjettruppen versuchen sollten, die Arbeiterbewegung niederzuwalzen, dann wird keine Wiederholung von Prag, sondern eine Lage wie in Afghanistan entstehen." Das ist sicher keine Übertreibung. Auch die polnische Armee würde sich sicher nicht gegen das eigene Volk einsetzen lassen; im Gegenteil ist eher mit bewaffnetem Widerstand von Teilen davon gegen eine sowjetische Intervention zu rechnen.

Das alles ist der Sowjetunion ebenfalls gut bekannt. Sie steht daher vor einer schweren Entscheidung. Was uns hier in Österreich betrifft, müssen wir uns jedenfalls auf die Möglichkeit einer sowjetischen Intervention einstellen.

DIE PERSPEKTIVEN

In Polen tobt inzwischen ein gewaltiger politischer Kampf. Auf die Frage, was passieren würde, wenn dieser Kampf niedergeschlagen würde, haben einige Streikposten der Gdansker Werft erklärt, dann würde es in drei Monaten wieder losgehen. Sicherlich denkt die polnische Arbeiterklasse nicht, daß mit diesem Anlauf das revisionistische Regime gestürzt und das sowjetische Joch abgeschüttelt werden kann. Aber, unbedingtes Ergebnis des Kampfes muß eine entscheidende Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse sein. Die Arbeiter in Polen sagen, daß vor allem zählt, daß die Streikkomitees, der neue gewerkschaftliche Zusammenschluß, nicht mehr zerschlagen werden können.Die Losung "Sturz der Regierung" wird nicht aufgestellt, dazu würde man auch tatsächlich mehr brauchen – Waffen und eine andere Organisation, eine politische Vorhut, eine revolutionäre Partei. Taktisch gesehen bringt gerade das In-den-Mittelpunkt-Stellen der Gewerkschaftsfrage das Gierekregime in die ärgsten Schwierigkeiten: An und für sich könnte es zustimmen, dadurch würde es noch nicht gestürzt. Aber: Kann es einen derartigen Sieg der Arbeiter und eine derartige Verschiebung der Kräfteverhältnisse verkraften? In der Herausbildung einer politischen Führung hat die polnische Arbeiterklasse in diesem Kampf ungeheure Fortschritte gemacht.

DIE HALTUNG DER ÖSTERREICHISCHEN BOURGEOISIE

Im "Kurier" vom 21.8. hat der Journalist Nußbaumer als Haltung von "uns Österreichern" vorgeschlagen: Ließe man sich vom Gewissen leiten, müßte man die polnischen Arbeiter unterstützen; läßt man sich aber von der "politischen Vernunft" leiten, muß man hoffen, daß die polnischen Arbeiter keinen vollen Erfolg erringen. Der ORF-Nachrichtensprecher vom 20.8. erklärte, "im Westen wächst die Besorgnis, ob die Regierung die Entwicklung unter Kontrolle behalten kann" Die verschiedenen Elemente der "politischen Vernunft" des Herrn Nußbaumer sind: Erstens ist die österreichische Bourgeoisie prinzipiell gegen den Kampf der Arbeiterklasse, in welchem Land auch immer. Sicher wird ihr mulmig in der Zwischenzeit angesichts der Kraft, die die polnische Arbeiterklasse entwikkelt. Zweitens haben sie dort direkte ökonomische Interessen:Polen ist mit 22 bis 24 Milliarden Schillin in Österreich verschuldet; die Bourgeois fragen sich: "Gefährden die Streiks nicht die Zahlungsfähigkeit?". Österreich importiert ferner um fast eine Milliarde Schiling Kohle aus Polen – und dieses Quantum soll ab jetzt jährlich aufgestockt werden. Wenn jetzt die Streiks auch auf den schlesischen Kohlebergbau übergreifen, dann hört sich für die österreichische Bourgeoisie die Gemütlichkeit auf. Vor allem aber zählt, daß diese verkommene reaktionäre Klasse als Garanten ihrer Interessen in Polen natürlcih nicht die polnische Arbeiterklasse betrachtet, sondern – die Sowjetunion. Die Sowjetunion ist in Polen die "Ordnungsmacht". Alles, was die Sowjetunion provoziert oder schwächt, gefährdet die "Stabilität". Es versteht sich daher von den Klasseninteressen und der gesamten internationalen Politik der österreichischen Bourgeoisie her, daß sie auf der Seite der polnischen Kompradorenbourgeoisie und ihrer sowjetischen Oberherren steht. Und das kommt bereits immer klarer zum Ausdruck. Es paßt gut dazu, daß Kreisky deklamiert, daß der Platz der Sozialdemokratie immer auf der Seite der Arbeiterklasse sei. Irgendein wenn auch noch so kleiner Schritt der wirklichen Unterstützung der polnischen Arbeiter wäre wichtiger. Aber Kreisky hat hier ja nur – um in der Terminologie Nußbaumers zu bleiben – als "Gewissen" gesprochen, nicht als "politische Vernunft", nach der die Regierung praktisch handelt.

Fordern müssen wir von der österreichischen Regierung, daß nicht das Gierekregime durch materielle Unterstützung gestärkt, die kämpfenden Arbeiter aber geschwächt werden, sondern daß Österreich die Exporte einstellt und keine weiteren Kredite an Polen gewährt, bis das Forderungsprogramm der polnischen Arbeiter erfüllt ist. Daran und an einer klaren Stellungnahme der Regierung (nicht nur Kreiskys als Vorsitzender der SPÖ) zur Unterstützung der polnischen Arbeiter und gegen eine drohende sowjetische Intervention muß die tatsächliche Haltung der Regierung gemessen werden.

DER ÖGB MUSS DIE POLNISCHEN ARBEITER UNTERSTÜTZEN!

Der ÖGB unterhält beste Beziehungen mit den polnischen Staats-"gewerkschaften". Der ÖGB muß die Beziehungen mit diesen halbfaschistischen Zwangsorganisationen, die die polnischen Arbeiter bekämpfen und zerschlagen wollen, abbrechen. Der ÖGB muß die Forderungen der polnischen Arbeiter, das Gdansker 16-Punkte-Programm unterstützen, vor allem die Forderung nach Gewerkschaftsfreiheit. Der ÖGB muß MKS als Vertretung der polnischen Arbeiter anerkennen! Vor allem muß er es unterstützen! Die Internationale Metallarbeitergewerkschaft hat die polnische Regierung aufgefordert, eine Delegation von westlichen Werftarbeitern die Werften besuchen zu lassen; der IMB wollte die polnischen Arbeiter moralisch und materiell unterstützen. Der ÖGB bzw. Die Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie soll sich an dieser Initiative beteiligen und die polnischen Arbeiter vor allem materiell unterstützen! Dafür im Betrieb, gegenüber dem Betriebsrat, in der Gewerkschaft einzutreten ist der entscheidende Beitrag, den die österreichischen Arbeiter zur Unterstützung der polnischen Klassengenossen leisten können. (wl)

Der Sozialversicherung droht die Pleite

Den Arbeitern drohen Beitragserhöhungen

Die Pensionversicherung der Arbeiter ist schon seit Jahren defizitär. Aber auch für die Angestellten-Pensionsversicherung ist die Pleite bereits gewiß - fraglich ist nur noch ob schon nächstes Jahr oder erst 1982/83. Die Konkursversicherung hat bereits letztes Jahr negativ abgeschlossen, die Arbeitslosenversicherung wird heuer im Minus landen und der Krankenversicherung steht weitere Plünderung bevor.

Bei den Pensionsversicherung ist die Regierung verpflichtet, das Defizit auszugleichen, um die Auszahlung der Pensionen zu sichern. Die gesamte Pensionsversicherungsregelung beruhte von Anfang an darauf, daß der Staat etwa 30% des notwendigen Geldes zuschießt, während aus den Beiträgen der Arbeiter und Kapitalisten jeweils etwa 35% stammen sollen. Aber der Staat hat in den letzten Jahren seinen Anteil systematisch verringert. 1979 waren es nur mehr 25,6% und heuer werden es nur mehr 18% sein. (Auch der Anteil der Zuschüsse zu den Pensionsversicherungen am Budget ist zurückgegangen: von 8,2% im Jahr 1970 auf 6,3% im vergangenen Jahr).

Um dieses Abseilen der Regierung möglich zu machen wurden umfangreiche Verschiebungen zwischen den verschiedenen Versicherungen durchgeführt (Sozialrechtsänderungsgesetz 1978):

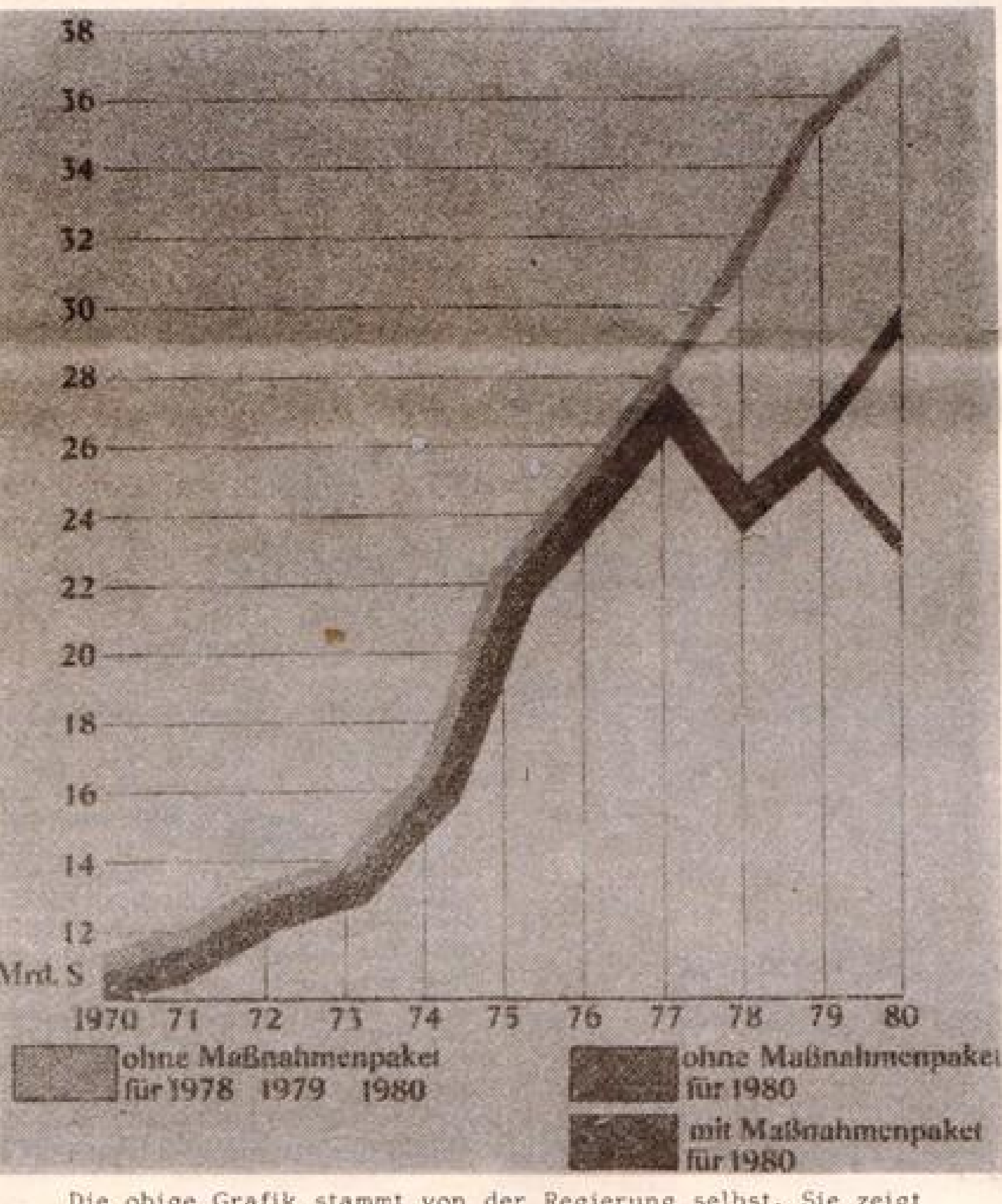
* Die Pensionsversicherung der Angestellten, die eine positive Bilanz aufweist mußte an die Arbeitspensionsversicherung 1978 1,3 Milliarden Schilling übertragen; 1,01 Milliarden und heuer 727 Millionen.
* Die Krankenversicherungen mußten 2% ihrer Beitragseinnahmen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherung liefern
* Die Unfallversicherungsanstalt mußte 300 Millionen an denselben Fonds abtreten
* Die Pensionsversicherung der Angestellten soll bis 1984 jährlich 1% der Versicherungsbeiträge der Pflichtversicherten an die Arbeiterpensionsversicherung übertragen. Die Regierung allerdings strich für 1979 ihre Zahlungen an den Fonds der Krankenversicherungen.

Allerdings läßt sich dieses Gesetz nicht verwirklichen, da sich die finanziellen Schwierigkeiten der Pensionsversicherungen rascher verschärften als damals angenommen. Die Angestelltenpensionsversicherung wird womöglich schon nächstes Jahr ins Defizit kommen, oder ein bis zwei Jahre später. Auf jeden Fall kann sie nicht bis 1984 die vorgeschriebenen Überweisungen an die Arbeiterpensionsversicherung durchzuführen.

Das Defizit der Arbeitslosenversicherung scheint zunächst unerklärlich. War doch die Arbeitslosenrate in letzter Zeit nicht sehr hoch. Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe schwankte im Jahresdurchschnitt in den letzten 20 Jahren zwischen 40.000 und 50.000. Wieso soll es da ein Defizit geben? Man müßte ja eher Reserven vermuten. Aber gerade diese Reserven hatten es den Kapitalisten und der Regierung angetan. Wieso das Geld brach liegen lassen, dachten sie. Um diesem Übel abzuhelfen werden seit 1974 die überschüssigen Mittel der Arbeitslosenversicherung nicht für höhere Arbeitslosengelder oder Reservebildung verwendet, sondern unter dem Namen Arbeitsmarktförderung den Kapitalisten zugeschoben. Entweder als direkte Subvention, oder indem aus diesen Geldern Ausbildung im Interesse der Kapitalisten finanziert wird. Dazu kommt, daß 1979 das Defizit der Insolvenzentgeldversicherung mit 230 Millionen aus der Reserve der Arbeitslosenversicherung (und einen BAWAG Kredit von 140 Millionen) gedeckt wurde. Auch wurden bereits 1979 fehlenden Mittel für die Arbeitslosenunterstützung und die Arbeitsmarktförderung aus dem Reservefonds zugeschossen. Heuer fehlt bei der Arbeitslosenversicherung ungefähr eine Milliarde - und im Reservefonds sind nur noch 100 Millionen!

Was die Krankenversicherungen betrifft, so haben sich Regierung und Opposition bereits auf einen weiteren Plünderungsfeldzug geeinigt: ÖVP-Gesundheitssprecher Wiesinger schlug vor, die Krankenkassen sollten unbedingt den gesamten Betriebsabgang der Spitäler, also sämtliche in den Spitälern anfallenden und noch nicht durch Krankenkassen finanzierten Kosten tragen. Anders ausgedrückt: Der Bund stellt seine Ausgleichszahlungen ein und die Krankenkassen zahlen 100%. Gesundheitsminister Salcher griff diese Anregung erfreut auf, meinte aber begütigend, dies würde eine zu starke Erhöhung der Krankenkassenbeiträge erfordern. Deshalb solle man lieber in kleinen Raten vorgehen. So oder so scheint man sich über eine Beitragserhöhung zur Krankenversicherung schon geeinigt zu haben.

Für die Regierung gibt es nur einen Ausweg: Erhöhte Zuschüsse aus dem Budget zu den Versicherungen kommen nicht in Frage. Gerade das Gegenteil hat sie ja in den letzten Jahren erfolgreich praktiziert und will unter keinen Umständen ihre Politik in dieser Frage ändern - würde das doch ihren Budgetsanierungsplänen widersprechen. Also höhere Beiträge. Und sie hat auch bereits zweimal einen Vorstoß zur Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gemacht. Dabei hat es sich nicht darum gehandelt, daß sie das wirklich durchsetzen wollte, sondern eher um Vorbereitungsmaßnahmen. Die Kapitalistenvertreter haben jedenfalls sicherheitshalber erklärt, daß sie nicht bereit sind, mehr für die Arbeitslosenversicherung zu zahlen. Für Ende dieses Jahres oder Anfang 1981 muß man mit ernsthaften Schritten der Regierung rechnen, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu erhöhen. Und dabei ist klar, daß so etwas nur ein erster Schritt ist. Spätestens wenn die Angestelltenpensionsversicherung in Defizit kommt, muß man auch hier mit Beitragserhöhungen rechnen. Die Beitragserhöhungen zur Krankenversicherung werden auf nicht lange auf sich warten lassen. Gegen Beitragserhöhungen kann die Arbeiterklassen auch gar nichts einwenden - allerdings: Beitragserhöhungen für die Kapitalisten!



Die obige Grafik stammt von der Regierung selbst. Sie zeigt wie sich in den letzten Jahren die Ausgaben des Staates für die Sozialversicherung verringert haben. Die unterste Kurve zeigt den tatsächlichen Verlauf, die beiden oberen zeigen den Verlauf den die Staatsausgaben genommen hätten, hätte die Regierung nun nicht 3 Jahre hintereinander die Ausgaben gekürzt. Was der Staat eingespart hat, haben die Lohnabhängigen bezahlt. Trotzdem sind heute bereits wieder neue Beitragserhöhungen fällig, damit der Staat seine restriktive Politik fortsetzen kann.

Nun auch Brot teurer

Wie wir bereits in der letzten Nummer ankündigten, wurde mittlerweile auch der Brotpreis erhöht, nachdem zuvor die Preise für Mehl und Grieß angehoben wurden. Der Wecken Brot kostet nun 11,- Schilling und 50 Groschen gegenüber öS 10,90 bisher. Das entspricht einer Steigerung von 5,5%.

Hinter der verzögerten Brotpreiserhöhung steckt System. Sie wird sich nicht mehr auf den Augustindex auswirken, der im Oktober veröffentlicht wird, wie etwa die Mehlpreiserhöhung. Sie wird erst in den Septemberindex eingehen, welcher wiederum erst im November bekannt werden wird. Bis dahin sind die wichtigsten Lohnrunden vorbei. Interessant auch, daß die Preise für Semmeln, Gebäck und Teigwaren weiterhin nicht erhöht wurden. Auch dies kann sicherlich nicht mehr lange dauern und ist wohl vor allem eine indexkosmetische Maßnahme.

Auf unsere Anfrage teilte uns der Vertreter der Arbeiterkammer im Preisunterausschuß der Paritätischen Kommission mit, daß gegenwärtig vier Preisanträge vorlägen - welche, "durfte" er leider "nicht verraten".

Industrie: Sozialminister soll Krankenstände reduzieren ....

Die Vereinigung Österreichischer Industrieller hat an Sozialminister Weißenberg geschrieben. Der Anlaß: Die Krankenstandstage pro Arbeiter steigen kontinuierlich von 12,3 Tagen 1975 auf 13,6 Tage 1979. Der Industrie sind dadurch im vorigen Jahr über 6 Millionen Arbeitstage "verloren gegangen" - noch dazu bezahlte! Das sind 600.000 mehr als 1975. So kann es nicht weitergehen, meint die "Industrie", Zeitschrift der Industriellenvereinigung.

Die "Industrie" "ersucht daher den Sozialminister, die Ursache der gestiegenen Krankenstände einer sorgfältigen Prüfung zuzuführen". Aber die Industrie weiß auch schon, was bei dieser Untersuchung herauskommen soll: 1974 wurde das Entgeltfortzahlungsgesetz gültig. Und seit 1975 steigen die Krankenstände. Man sieht ja auf den ersten Blick, daß die Arbeiter das nur ausnützen um "blau" zu machen. Eine weitere Verbesserung der Entgeltansprüche kommt daher nicht in Frage!

Aber vielleicht sind die steigenden Krankenstände auch Folge der wachsenden Arbeitshetze, der immer mehr hinaufgeschraubten Akkordsätze, der Ausdehnung der Schichtarbeit. Es ist bekannt, und wissenschaftlich gesichert, vor allem durch tausendfache Erfahrung der Arbeiter bewiesen, daß Schichtarbeit zu Schlafstörungen führt, Nerven und Magen ruiniert, Bluthochdruck fördert. Es ist ebenso bekannt, daß Akkordarbeit ähnliche Folgen hat. Ein Drittel der österreichischen Industriearbeiter sind Schichtarbeiter. Ebenfalls etwa ein Drittel der Arbeiter in der Metallindustrie arbeitet im Akkord (und einen Betrieb wo der Akkord nicht enorm gesteigert wurde, seit 1975 wird man in Österreich kaum finden. Im Philips Fernsehwerk wurde beispielsweise die Stückzahl zwischen Anfang 1978 und Anfang 1980 von 133 auf 255 pro Schicht erhöht. Bei Puch/Graz bei der Maxi-Montage wurde die Stückzahl in der selben Zeit von 310 auf 400 erhöht.)

Aber gerade das darf bei der "Untersuchung" über die steigenden Krankenstände nicht herauskommen. Es ist schon oft gelungen, zu "beweisen", daß nicht Akkord und Schichtarbeit schuld sind an der Steigerung der an Bluthochdruck Erkrankten, sondern daß "die Österreicher" zu viel und zu fett essen, zu viel rauchen und trinken und zu wenig Bewegung machen (vielleicht sollten sie mehr arbeiten). Da wird es doch leicht sein, zu "beweisen", daß an den steigenden Krankenstandstagen auch nicht Akkord und Schichtarbeit schuld sind, sondern nur der Umstand, daß die Arbeiter wenigstens bei kürzeren Krankenständen keinen Lohnverlust haben und daher ständig "krank feiern".

Die "Industrie" hat dem Sozialminister nicht nur nahegelegt, was bei der Untersuchung herauskommen soll. Sie hat auch schon einen Tip, wie man die Krankenstände wieder senken könnte. Nicht durch Verbot der Nacht- und Schichtarbeit (außer in den Fällen, wo dies technisch nicht möglich ist) und der Akkordarbeit. Nein, viel besser: Der Sozialminister soll "die kontrollärztlichen Untersuchungen der Krankenkassen auf ihre Effizienz überprüfen". Also: effektivere Bespitzelung und Schikane gegen Arbeiter, die im Krankenstand sind; noch rigorosere Praxis des Gesundschreibens, wenn die Arbeitskraft einigermaßen wiederhergestellt ist. Ist dann ein Arbeiter endgültig ruiniert, schiebt man ihn halt ab. (dr)

Ausbau der Gasleitung Algerien - Italien

Wie soeben bekannt wurde, hat die Europäische Gemeinschaft nun zinsverbilligte Darlehen an Italien in der Höhe von fast einer Milliarde Schilling genehmigt, die der Finanzierung des Ausbaus einer Erdgasleitung zwischen Algerien und Italien dienen sollen. Die gegenwärtig von der Algerischen Küste bis zur Poebene projektierte Gasleitung soll bis zum Jahr 1984 fertiggestellt sein und wird eine Länge von 1500 km haben. Eine direkte Gasleitung von Algerien nach Westeuropa ist für alle westeuropäischen Länder von größter Bedeutung. Derzeit beziehen praktisch alle westeuropäischen Länder ihre Gasimporte aus dem Ostblock.

Auch Österreich ist auf dem Erdgassektor zu gut 75% von der UdSSR abhängig, was jedoch den Alleinimporteur, die staatliche Austria-Ferngas nicht daran hindert, weitere Gaslieferungen aus der UdSSR anzubahnen. Demgegenüber gibt es mit Algerien lediglich einen - nicht einmal noch unterschriebenen - Vertrag über die Lieferung von jährlich 2 Mrd. m^3, also etwa ein Fünftel des für 1984 angenommenen Importbedarfs. Die österreichische Bourgeoisie schreckt sich davor, daß Algerien in dem Vertrag den Gaspreis an den Ölpreis koppeln will. Die Verhandlungen mit Algerien dauern nun schon gut 20 Jahre, ohne eine österreichische Einwilligung gebracht zu haben. Mit dem Ausbau der Importe aus der Sowjetunion will die österreichische Bourgeoisie offensichtlich Druck auf die algerische Regierung ausüben, von ihren Preisforderungen doch noch nachzulassen. "Seht her, wir können unser Gas auch woanders bekommen", lautet die erpresserische Devise. Tatsächlich begibt sich die österreichische Bourgeoisie damit allerdings in die Fänge eines tausendfach stärkeren Erpressers - die Früchte ihrer Erpressung wird jedenfalls, wenn überhaupt jemand, nicht sie, sondern die Sowjetunion ernten.

Es ist zu begrüßen, wenn die EG nun direkt Lieferbeziehungen zwischen der Dritten Welt und Europa fördert. Das schafft günstigere Bedingungen dafür, auf die österreichische Regierung Druck auszuüben, sich am Gasleitungsbau ebenfalls zu beteiligen, um die Gasleitung bis nach Österreich weiterführen zu können. Nach dem gegenwärtigen Stand würden die 2 Mrd. cbm Algeriengas - falls es zum Vertragsabschluß kommt - ja gar nicht direkt nach Österreich kommen, sondern in Italien bleiben, während Österreich dafür vom Sowjetgas, das durch unser Land nach Italien gepumpt wird, die gleiche Menge zurückbehalten dürfte. Das Algeriengas scheint derzeit die einzige praktikable Möglichkeit, die Gas-Abhängigkeit von der Sowjetunion einzuschränken, bzw. zu beenden. Die österreichische Bourgeoisie denkt von sich aus allerdings nicht an einen solchen Weg. Für sie ist der Vormarsch der Sowjetunion ohnehin eine unabänderliche Tatsache, mit der man sich halt am besten zurechtfinden muß. Daß sich eine (schwache) Ausbeuterklasse in einer solchen Situation lieber gleich freiwillig an die stärkere ausliefert, ist ganz natürlich. Für die Bourgeoisie ist die Gefahr die von der Sowjetunion für ihre Herrschaft ausgeht so groß, daß es ihr weniger gefährlich scheint, ins offene Messer zu laufen, als sich ihrer Haut zu wehren.

Bei der Politik gegenüber der Sowjetunion, auch bei der Frage von Österreichs Erdgasabhängigkeit geht es allerdings gar nicht um die Haut der österreichischen Ausbeuterklasse, sondern um die Haut der Arbeiter- und Volksmassen. Und für sie hat der Kampf gegen die sowjetische Bedrohung, der Kampf gegen die Auslieferung der österreichischen Erdgasversorgung an die neuen Zaren eine Perspektive und ist unumgänglich. (gf)

Nationalratssondersitzung:

Klägliches Scheitern der Oppositionsparteien



Eine für die Sonderdebatte bezeichnende Szene: Während ÖVP-Obmann Mock gerade Kreisky anfleht, doch endlich seinem innersten Drang nachzugeben und Androsch zu feuern, herrscht zwischen dem Bundeskanzler und seinem Vizekanzler und Finanzminister eisiges Schweigen...

Das erwartete Ergebnis hat die Nationaleratssondersitzung gebracht, die von der ÖVP für den 21.August einberufen wurde. Die ÖVP hat ihren Mißtrauensantrag gegen Androsch eingebracht, die FPÖ ihrerseits hat sich gleich gegen die gesamte Regierung ausgesprochen und die SPÖ hat schließlich die Anträge mit ihrer glatten Mehrheit niedergestimmt.

So zeigte auch diese Sondersitzung deutlich, wer in der AKH-Affäre das Heft in der Hand hat und wer nicht. Die beiden Oppositionsparteien machten gegenüber der Regierungspartei, die alles an ihrer Mehrheit abprallen ließ, eine äußerst klägliche Figur. Und das, obwohl in den letzten Tagen vor der Parlamentssitzung wahrlich nicht mit Enthüllungen über Korruption in der SPÖ gegeizt worden war. Aber weder die Enthüllung über die elf Jahre zurückliegende Schmiergeldzahlung von Schrack an die Wolfsberger SPÖ, noch die darauf ans Licht gekommenen weitaus größeren Schmiergeldzahlungen von Schrack an die AKPE und auch nicht die Finanzierungshilfe der gemeindeeigenen "Z" für die Androsch-Villa haben an diesem Verhältnis der Parteien, an der Macht der SPÖ und der Ohnmacht der Opposition irgendetwas verändert. Im Gegenteil: Die SPÖ hat wieder einmal glaubwürdig bewiesen, daß sie keinerlei Rechtfertigung nötig hat, um trotz der unglaublichsten Skandale mit all ihren mehr oder weniger verdächtigen bzw. belasteten Regierungsmitgliedern und Beamten - im Amt zu bleiben.

Kaum war Bundeskanzler Kreisky aus Mallorca zurück, stellte ihm ein TV-Reporter die Frage, ob es nicht unvernünftig wäre nach der seinerzeitigen Niederstimmung der Mißtrauensanträge gegen Lütgendorf und Leodolter nun auch den gegen Androsch niederzustimmen, hätten doch letztendlich sowohl Lütgendorf als auch Leodolter gehen müssen. Darauf gab Kreisky keine konkrete Antwort. Die wirkliche Antwort darauf gab wenig später SP-Klubobmann Fischer, der meinte: "Wenn wir etwas machen, dann machen wir es selber" (Kurier). Tatsächlich hat die Regierungspartei in dieser Parlamentssitzung auch eindeutig demonstriert, daß sie aufgrund des "Drucks" der Opposition nicht einmal zu nichts bereit ist. So war es schließlich auch kein Zufall, daß ÖVP-Chef Mock am Höhepunkt seiner Rede mit gerade herzzerreißender Rührung den Bundeskanzler anflehte, doch seinem innersten Drang nachzugeben, doch nicht nur an seine Partei, sondern auch an Österreich zu denken und endlich den Finanzminister aus der Regierung zu entlassen.

Weder die Regierung, noch der im Kreuzfeuer stehende Androsch haben also von der Opposition irgendetwas zu befürchten. Daß letzterer jedoch deshalb noch lange keinen Grund zur Furchtlosigkeit hat, hat die Parlamentsdebatte ebenfalls unterstrichen. Von den zahlreichen SP-Rednern ergriff kein einziger das Wort, um den Finanzminister zu verteidigen. Kreisky ging in seiner knappen Ablehnung des ÖVP-Antrages gegen Ablehnung des ÖVP-Antrages auf die Anschuldigungen gegen Androsch überhaupt nicht ein und beschränkte sich auf die groteske Begründung, er gäbe dem Mißtrauensantrag deshalb nicht statt, weil nach ihm ohnehin der Finanzminister selbst zu den Vorwürfen Stellung nehmen werde. Und SP-Abgeordneter Blecha, wohl einer der letzten, die von sich behaupten können, nicht anders als einfache Menschen zu leben, hielt gar eine von Heuchelei nur so triefende Brandrede gegen den Egoismus, gegen die Bereicherung, gegen die Korruption, weil all dies "immer schon" mit der Sozialdemokratie "völlig unvereinbar" gewesen sei.

Die Ablehnung des ÖVP-Antrages gegen Androsch ist also weniger so zu verstehen, daß die SPÖ ihre ganze Macht für Androsch einsetzen will, als so, daß die SPÖ selbst bestimmen will, wann für Androsch der Zeitpunkt gekommen ist und daß sie, wenn es so weit ist, selbst die Initiative ergreifen wird.

Und was den Zeitpunkt betrifft, so sind die Beteuerungen etlicher SP-Politiker, wonach ein Urteil erst erfolgen dürfe, wenn die Untersuchung abgeschlossen sei, wohl eine bestimmte Vorankündigung. Schon allein deshalb, weil der parlamentarische Untersuchungsausschuß ja keineswegs darüber zu urteilen hat, ob ein Politiker für Regierungszwecke empfehlenswert ist, oder nicht, sondern ausschließlich auf die Enthüllung strafrechtlich zu ahndender Vorfälle hin zu arbeiten hätte, scheint hier vor allem die Frage des Termins im Vordergrund zu stehen, zu dem die SPÖ über Androsch urteilen will.

Daß der Flügel um Androsch in der SPÖ der schwächere ist, hat sich zuletzt am Regierungsbeschluß zum geplanten Panzergeschäft der Steyr-Werke mit Chile gezeigt, wo er mit dem zu erwartenden ablehnenden Bescheid des Innenministers eine glatte Niederlage erlitten hat.(gf)

SCHEINHEILIGE

11.August 1980: Etwa 700 Demonstranten aus Kreisen der KPÖ, der "Linken" und der SPÖ ziehen zum Wiener Ballhausplatz. Ihr Ziel: Die Verhinderung der Lieferung von Waffen an die chilenische Regierung. An Begründungen gibt es ein reiche Auswahl: Von der "Moral" (für Christen) über die "Internationale Solidarität" (für SP-ler) bis hin zur Moskauer Ab-Art vom "proletarischen Internationalismus" (für KP-ler).

Kurz darauf beschließt die Regierung, die Waffenlieferungen zu untersagen. Zwar ist es erfreulich, daß sich nur 700 Demonstranten gefunden haben, doch die Sowjetunion kann sich trotzdem die Hände reiben. Sie hat mit ihrer internationalen Isolierungskampagne gegen Chile einen wenn auch nur kleinen, so doch nicht unbedeutenden Sieg gefeiert. Auch der US-Imperialismus kann sich die Hände reiben, ist es doch der chilenischen Regierung hier nicht gelungen, die benötigten Waffen außerhalb der USA zu beschaffen.

21.August 1980: Die Kundgebungen zum 12.Jahrestag des sowjetischen Überfalls auf die CSSR und zur Unterstützung der polnischen Arbeiterklasse werden ausschließlich von den Kommunisten durchgeführt. Die Moralisten, die Anhänger von internationaler Solidarität und proletarischem Internationalismus waren zur Teilnahme aufgerufen. Doch sie sind ausgeblieben. Moral, Solidarität und Internationalismus hört bei diesen Menschen dort auf, wo der sowjetische Machtbereich beginnt. Panzer nach Chile? Doch nicht an diese Faschisten! Russen raus aus der CSSR? Um Gottes Willen! Freie Gewerkschaften für die polnische Arbeiterklasse? Sollen lieber arbeiten, als streiken! Das scheint die Haltung dieser Herrschaften zu sein.

Sehen wir davon ab, daß die 700 Demonstranten sich wahrscheinlich keine Sekunde lang vor Augen gehalten haben, daß in Chile heute kaum andere Verhältnisse herrschen würden, hätte Pinochet nicht geputscht. Denn Chile stand knapp davor, das Schicksal der Ostblockländer zu teilen. Sehen wir davon ab, daß diese 700 Demonstrierer keine Sekunde lang daran gedacht haben, daß der Untergang der chilenischen Demokratie damit begonnen hat, daß die chilenische Arbeiterklasse, statt sich revolutionär zu organisieren den "Arbeiterführern" Moskauer Prägung gefolgt ist. Sehen wir davon ab, daß man durchaus nicht sehen will, was gerade das Beispiel Chile zeigt: Daß ein Volk ohne revolutionäre Führung früher oder später einer der beiden Supermächte in die Hände fallen muß und dabei alles - von der Demokratie bis hin zur nationalen Unabhängigkeit - verliert.

Aber allein die Tatsache, daß es Leute gibt, die sich über die chilenischen Faschisten gar nicht genug empören können, die Überfälle der Sowjetunion jedoch mit ihrem Schweigen sanktionieren, spricht Bände darüber, daß es sich hier um Scheinheilige handelt. Um Scheinheilige, die bewußt oder unbewußt die Geschäfte der Neuen Zaren, des größten Feindes der Völker betreiben. (gf)

CSSR: Unfall in Grenz - AKW !



Die endgültige Schließung des AKW im Jaslovské Bohunice wurde nun von der teschechoslowakischen Atombehörde bekanntgegeben.

Das Werk, das von der Sowjetunion gebaut wurde, liegt nur 120 km von Wien entfernt. Als bereits vor zwei Jahren Sprecher der Charta 77 über Unfälle im AKW berichteten, dementierte die CSSR-Regierung, und die österreichische Regierung, von der Anti-AKW-Bewegung aufgefordert, sich für die Schließung bzw. den Baustopp der grenznahen CSSR-AKWs einzusetzen, ließ sich damals mit offiziellen Beschwichtigungen, alles sei sicher, abspeisen. Auch jetzt ist zu befürchten, daß sich mit der Aussage der CSSR-Atombehörde, es sei bei dem jüngsten Unfall kein radioaktives Material ausgetreten, zufriedengeben wird. Aber warum dann die Schließung? Die CSSR-Behörden sind doch sonst nicht so zimperlich, ihre sowjetischen Auftraggeben noch weniger.

Die österreichische Regierung muß sich endlich auch für die Stillegung der übrigen grenznahen AKWs in der CSSR einsetzen. (gm)

BRONN (Brno)
Dukovany
ČSSR
ZNAIM (Znojmo)
RETZ
HADRES
LAA a.d. Thaya
Jaslovské Bohunice
DORNKRUT
TYRNAU (Trnava)
Mochovce
GÄNSERNDORF
NEUTRA (Nitra)
Leviçe
PRESSBURG (Bratislava)
WIEN
ÖSTERREICH
UNG.

Kleine Steuerreform: Milliarden für den Staat

Mit 1. Jänner 1981 werden, wie Finanzminister Androsch unlängst bekanntgab, einige von der grossen Steuerreformkommission vorgeschlagenen Reformen im Steuerwesen in Kraft treten. Es wird für einen winzigen Teil der Lohnsteuerzahler eine kleine Reduzierung der Lohnsteuer herausschauen, ansonsten jedoch Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen durch den Staat, bzw. Einsparung von Staatsausgaben aufgrund eingeschränkter Sparförderungen.

Ebenfalls am 1. Jänner werden auch Erhöhungen der sogenannten fixen Gebühren in Kraft treten.

Letztendlich sollen die Änderungen dem Staat jährlich 1,6 Milliarden Schilling bringen. 400 Milliarden in Form von Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer, 600 Millionen durch die Gebührenerhöhung, sowie die Einsparung von 600 Millionen bei der Förderung des Prämiensparens.

Zur Frage der Höherbesteuerung von elektrischen Strom erklärte Androsch, er denke, es sei günstig durch schrittweise Anhebung des Steuersatzes von derzeit 8% auf letztendlich 18% zu kommen, wolle jedoch nichts konkretes dazu sagen.

Mit den Lohnsteuererleichterungen wird wohl nicht viel Staat zu machen sein. Sie bestehen einzig und allein in der Anhebung der sogenannten Bagatellbeträge, also der Grenzen, die die Steuerleistung überschreiten muß, damit überhaupt Steuerpflicht besteht. Aufgrund der mit 1. Jänner in Kraft tretenden Ahebung werden Monatsverdienste ohne Alleinverdienerabsetzbetrag bis zu einer Höhe von 4.152,- Schilling, sowie mit Alleinverdienerabsetzbetrag bis zu einer Höhe von 5.152,- Schilling steuerfrei sein. Erst darüber beginnt ab 1. Jänner die Lohnsteuerpflicht.

Kräftig zugeschlagen wird dafür bei den Gebühren. Gebühren zu 20,- Schilling werden ab 1. Jänner auf 25,- Schilling steigen, Gebühren zu 30,- Schilling auf 50,- Schilling, während Gebühren zu 3.000,- Schilling auf die Stolze Höhe von 4.200,- Schilling steigen werden. In Prozent beträgt dies eine Teuerung von (in obiger Reihenfolge) 25%, 66% und 40%. Die außertourliche Erhöhung der Mehrwertsteuereinnahmen soll dadurch zuwege gebracht werden, daß eine Reihe von Produkten, die bisher aus rein "bürokratischen" Gründen der 30%igen Besteuerung entgangen waren, nun ebenfalls den sogenannten "Luxussteuer"satz verpaßt bekommen. Dies gilt in erster Linie für Leasingautos, sowie auch für Filmpacks, Wohnmobile etc.

Die 1,6 Milliarden, die so dem Volk zusätzlich abgepreßt werden sollen, sagen aber noch gar nichts darüber aus, wie die Steuermehrbelastung in den nächsten 12 Monaten wirklich aussehen wird. Denn die Hauptsteigerung der Steuereinnahmen wird ja dadurch zuwegegebracht, daß eine immer dringender nötige Lohnsteuerreform hinausgeschoben wird, sowie dadurch, daß die Preise steigen. Mit jedem Monat, den es Androsch gelingt, die Steuerreform hinauszuschieben, wachsen seine Einnahmen aus der Lohnsteuer progressiv an. Jede Lohnerhöhung führt dazu, daß die Steuer stärker steigt, als der Lohn. Und über die Mehrwertsteuer kassiert Androsch bei der Teuerung mit. Von jedem Schilling, der aufgrund gestiegener Preise für die gleiche Ware mehr auszugeben ist, als früher, kassiert Androsch, ohne irgendetwas dazu tun zu müssen, seine jeweils 8, 18 oder 30 Groschen.

Es ist daher auch anzunehmen, daß die Anhebung der Bagatellbeträge in erster Linie dazu dienen soll, den Druck für eine Reform der Lohnsteuer zu schwächen. Die jetzige Reform kostet den Staat kaum etwas, kommt jedoch den Forderungen, die Dallinger vor dem Sommer als Chef der ÖGB-Steuerkommission erhob entgegen. Die Folge könnte nun sein, daß die Steuerkommission des ÖGB damit ihr Werk für vorläufig beendet erklärt, was bestimmt die Bewegung, die im ÖGB eine Senkung der Lohnsteuer fordert, schwächen würde. Tatsächlich sind die Aufgaben der ÖGB-Steuerkommission damit natürlich überhaupt nicht erfüllt. Im Gegenteil. Eigentlich müßte sie erst damit beginnen, ihre Arbeit überhaupt aufzunehmen, und dafür müssen die Gewerkschaftsmitglieder sorgen.

Zahlungsbilanzdefizit – ein weiteres "Argument" für den Reallohnabbau

Das rasch ansteigende Defizit der Zahlungsbilanz insbesondere der Handelsbilanz ist – neben der Inflationsrate – das zweite akute "Sorgenkind" der Bourgeoisie. So liest man es tagaus, tagein in den Zeitungen bzw. hört man es aus dem Mund Androschs im ORF. Zahlungsbilanzdefizit bedeutet zu viel Importe und zu wenig Exporte, heißt es. Und zugleich ist auch schon der Weg zur Sanierung der Zahlungsbilanz klar! Die Importe müssen eingeschränkt werden, die Importe von Massenkonsumgütern, versteht sich; Reallohnabbau und Verstärkung der Steuerausplünderung sind dafür genau richtig. Den Leuten geht es einfach zu gut, sie kaufen wie die Wilden Autos und anderes und – ungebildet wie sie sind – stürzen sie damit unsere Zahlungsbilanz ins Verderben. Und zweitens müssen die Exporte forciert werden; Reallohnabbau und Steigerung der Ausbeutung sind dafür ganz unabdingbar. Wie sollen denn sonst die Kapitalisten ihre Konkurrenzposition verbessern? Kurz und gut: Wie man es auch betrachtet, die Arbeiter sind an allem schuld, ohne ernste "Einschränkung" der Arbeiter geht es nicht ...' Inflation, Zahlungsbilanzdefizit ... So geht es nicht mehr weiter. Hauptsächlich ist also das Zahlungsbilanzdefizit dafür gut, einen Prügel gegen die Arbeiterklasse abzugeben. Je mehr es aufgebauscht wird, desto wirksamer dieser Prügel.

WAS IST DIE ZAHLUNGSBILANZ?

Jedoch steigt das Zahlungsbilanzdefizit tatsächlich beträchtlich. Es verursacht der Bourgeoisie einiges Kopfzerbrechen. Die Zahlungsbilanz erfaßt alle Geld- und Kapitalströme von Österreich ins Ausland und aus dem Ausland nach Österreich. Es ist dafür gleichgültig, ob es sich um solche handelt, die durch den Warenverkehr (Export und Import) verursacht sind, oder durch den Reiseverkehr, oder um Kapitalexport und -import, oder auch um Gold- und Devisenbewegungen. Negativ auf die Zahlungsbilanz wirkt ein Überschuß der Importe über die Exporte (weil dann mehr Geldkapital ab – als zufließt). Ebenso ein Überschuß des Geldabflusses durch österreichische Touristen im Ausland über den Zufluß durch Ausländer in Österreich, ein Überschuß an Kapitalexporten über die Kapitalimporte. Das erstere nennt man Handelsbilanz, das zweitere Dienstleistungsbilanz, beides zusammen Leistungsbilanz.

Gibt es alles in allem ein Defizit der Zahlungsbilanz, d.h. strömt mehr Geld und Kapital ins Ausland, als hereinkommt, dann kann dies letztlich nur dadurch ausgeglichen werden, daß die Nationalbank Gold- und Devisenreserven ins Ausland überträgt. Denn die ausländischen Besitzer von Schillingwährung werden diese ja nicht bis zum St. Nimmerleinstag horten wollen, sondern die Schillinge vielmehr über ihr Banksystem der österreichischen Nationalbank präsentieren. Zum Teil heben sich diese Transaktionen, beispielweise der Italienischen und der österreichischen Nationalbank auf; soweit sie sich aber nicht aufheben, muß der sogenannte "Spitzenausgleich" durch Gold- und Devisenreserven durchgeführt werden.

ZAHLUNGSBILANZ: DEFIZIT STARK GESTIEGEN

Für 1980 rechnet das Institut für Wirtschaftsforschung mit einem Handelsbilanzdefizit von 90 Mrd. Schilling, das heißt mehr als 10% des Bruttoinlandsprodukts .(BIP). 1979 hatte das Handelsbilanzdefizit 64 Mrd. Schilling betragen (6,9% des BIP). Von diesen 1980 gegenüber 1979 zusätzlichen 26 Defizitmilliarden entfallen 17 auf zusätzliche Energieimportkcsten. Insgesamt gehen 50 der 90 Milliarden Defizit auf die negative Energiebilanz zurück. Auch 1979 hatte sich das Handelsbilanzdefizit bereits vergrößert, aber nur um 8 Mrd; heuer wurde das schon im ersten Vierteljahr übertroffen.

Zum Teil kompensiert wird das Handelsbilanzdefizit durch den Überschuß im Reiseverkehr, der von 33 Mrd. 1979 auf geschätzte 42 Mrd. heuer ansteigen wird. Trotzdem bleibt aber alles in allem, wenn neben dem Autohandel und dem Reiseverkehr auch noch einiges andere, kleinere Faktoren in Rechnung gestellt werden, ein Anstieg des Leistungsbilanzdefizits von 18 Mrd. 1979 auf 32 Mrd. 1980, d.h. von 1,9% des Bruttoinlandsprodukts auf 3,2% Demgegenüber gibt es nur zwei Möglichkeiten: Verstärkten Kapitalimport oder Verminderung der Währungsreserven (Gold und Devisen).

AUSWIRKUNGEN DER NEGATIVEN ZAHLUNGSBILANZ

Ein ständiges Zahlungsbilanzdefizit hätte beispielsweise und stark vereinfacht dargestellt, zur Folge: Erstens erschöpfen sich die Gold- und Devisenreserven des betreffenden Landes im Lauf der Zeit. Erreicht diese Entwicklung einen kritischen Punkt, wird das Land international zahlungsunfähig. Die Gold- und Devisenreserven der Österreichischen Nationalbank betragen gegenwärtig 80 Mrd. Schilling, d.h. so viel, daß damit alle österreichischen Importe während etwa drei Monaten finanziert werden könnten, ohne etwas exportieren zu müssen und ohne den Überschuß aus dem Reiseverkehr. Zweitens bedeutet ein ständiges Zahlungsbilanzdefizit, daß Geldmittel ins Ausland fließen, die sonst Nachfrage nach Produkten der eigenen Kapitalisten darstellen könnten, die also diesen entzogen wird. Das verstärkt ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisenerscheinungen. Drittens bedeutet ein ständiges Zahlungsbilanzdefizit Druck auf die Währung: Fließen ständig große Schillingmassen ins Ausland, wird dies schließlich und endlich zu einer "Schillingschwemme" dort führen und Abwertungsdruck bedeuten. Abwertung wiederum hätte eine Reihe von unangenehmen Folgen für die kapitalistische Wirtschaft, vor allem Inflationsbeschleunigung, denn jeder Dollar oder jede DM, die nach Österreich hereinfließt, erhöht das inländische Geldvolumen umso mehr, je niedriger der Schilling-Kurs ist. Viertens begünstigt ein Zahlungsbilanzdefizit möglicherweise den Zinsauftrieb angesichts der relativen Abschwächung der inländischen Geldkapitalbildung, vom Mehrwert, den der industrielle an den Geldkapitalisten zahlt. Weiters bedeutete sie Erschwernis für den Kapitalexport, weil der Schilling – gemessen an anderen Währungen – weniger "wert ist". (Umgekehrt würde allerdings der Warenexport durch die Abwertung erleichtert.)

Steigt das Leistungbilanzdefizit, kann dies allerdings durch ebenfalls steigenden Kapitalimport kompensiert werden. Das Zahlungsbilanzdefizit ingesamt würde dann statistisch gesehen sich nicht vergrößern. Jedoch führte dies zu einem wachsenden Auslandsanteil an der Geldkapitalakkumulation, hätte selbst wieder eine Reihe negativer Folgen für die kapitalistische Wirtschaft und würde jedenfalls verstärkten Abfluß von hier produziertem Mehrwert ins Ausland nach sich ziehen.

GROSSE PROBLEME FÜR DIE BOURGEOISIE

Aus allen diesen Gründen bedeutet ein steigendes, noch dazu ein derart stark steigendes Zahlungsbilanzdefizit beträchtliche Probleme für die Bourgeoisie, und sie betrachtet mit gutem Grund die Entwicklung des Leistungsbilanzdefizits als das Entscheidende, die des Handelsbilanzdefizits als Grundlage.

Sie läuft ferner immer Gefahr, die Kontrolle über die ganze Entwicklung zu verlieren und in einen Strudel zu geraten, der auf der ganzen Linie die internationale Position und überhaupt den Zustand der kapitalistischen österreichischen Wirtschaft verschlechtert. Zahlungsbilanzdefizit – Zunahme der Inflation – Verstärkung der Überproduktion – Zinsauftrieb – weiterer Druck auf die Profitraten – Abwertung – Rückgang des Kapitalexportes – weitere Verschlechterung der Zahlungsbilanz etc. – das kann zu einem Teufelskreis werden. Die österreichische Wirtschaft befindet sich am Vorabend einer Überproduktionskrise und verzeichnet rasch steigende Inflationsraten. In dieser Situation kann steigendes Zahlungsbilanzdefizit die Krisenerscheinungen und die allgemeine Unsicherheit nur verstärken. Zugleich ist aber auch klar, daß die Krise nicht von der Zahlungsbilanz her kommt, sondern vielmehr das sogenannte "Zahlungsbilanzungleichgewicht" nur eine Begleiterscheinung der Krise ist, unvermeidlich hervorgerufen durch die Widersprüche und Disproportionalitäten, die der kapitalistischen Entwicklung eigen sind, unvermeidlich hervorgerufen durch das Gesetz der ungleichmässigen Entwicklung der verschieden imperialistischen Länder.

DER AUSWEG DER BOURGEOISIE: EXPORTOFFENSIVE

Kernstück der Zahlungsbilanz ist die Handelsbilanz, also das Verhältnis von Exporten und Importen. Die Kapitalisten müssen, um die Zahlungsbilanz zu sanieren, hier auf jeden Fall den Hebel ansetzen. Und zwar in erster Linie bei den Exporten, denn Beschränkung der Importe ist zwar möglich, aber nur in bescheidenem Umfang, andernfalls es sofort Revanchemaßnahmen nach sich ziehen würde. Steigerung der Exporte heißt aber, in der Ausbeutung der eigenen Arbeiter die kapitalistischen Konkurrenten übertreffen. Insbesondere gilt das für Österreich. So konnten die Kapitalisten die Lohnstückkosten in den letzten Jahren durch beständige Steigerung der Ausbeutung und Lohndrückerei "erfreulich" mehr senken als ihre ausländischen Konkurrenten, jedoch haben sie trotzdem eher Marktanteile verloren, weil es ihnen an festen Stützpunkten im Ausland, Produktionsstätten wie Vertriebsnetzen, fehlt und dadurch der Warenexport ziemlich leidet.

AUF KOSTEN DER ARBEITER

Für die Kapitalisten gibt es nur einen Weg: In der Steigerung der Ausbeutung doe anderen noch mehr übertreffen, und so die Bedingungen schaffen für eine Offensive im Warenexport und im Kapitalexport (durch den die Stützpunkte im Ausland für den Warensport geschaffen werden müssen). Das geht nur auf dem Rücken der Arbeiter. Verschärft wird das Handelsbilanzdefizit noch dadurch, daß die Konjunktur im Ausland bereits weiter verfallen ist als in Österreich, was zum Sinken der österreichischen Exporte, aber keineswegs auch zum Sinken der ausländischen Importe nach Österreich führt. Im Gegenteil verschärft sich angesichts des weltweiten Konjunkturverfalles die Konkurrenz auf dem österreichischen Markt – auch das kann nur eine weitere Triebkraft der Kapitalisten sein, die Ausbeutung zu steigern. Wie man es auch dreht und wendet: einen anderen Weg zur Sanierung der Zahlungsbilanz gibt es nicht als den der noch schärferen Angriffe auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Am 22.8. hat die "Presse" noch einmal darauf hingewiesen, daß aus dem verheerenden Handelsbilanzdefizit unbedingt der Schluß gezogen werden müßte, bei den kommenden Lohnrunden unter 6% abzuschließen. Würden die Gewerkschaftsführer diese Schlußfolgerung nicht ziehen, dann zeige dies, daß sie die immer wieder zitierte "Mitverantwortung" nicht übernehmen.

SANIERUNG DER ZAHLUNGSBILANZ: KEIN ZIEL FÜR DIE ARBEITERKLASSE

Sanierung der Zahlungsbilanz heißt Steigerung der Ausbeutung auf der ganzen Linie, um den österreichischen Kapitalisten höhere Profitraten und damit höhere "Wettbewerbsfähigkeit" zu sichern. Das heißt, sich voll für den Feldzug der Kapitalisten zu engagieren, denn anders kann die Zahlungsbilanz nicht saniert werden. Die Arbeiterklasse steht aber gerade vor dem Problem, diesem Feldzug entgegenzutreten und gegen die Steigerung der Ausbeutung zu kämpfen. "Sanierung der Zahlungsbilanz" heißt, daß sich die österreichischen Arbeiter mit den österreichischen Kapitalisten gegen die Arbeiter der anderen Länder zusammenschließen. Die Arbeiterklasse steht aber gerade vor dem Problem, die österreichischen Kapitalisten zu bekämpfen und sich mit den Arbeitern aller Länder im Klassenkampf zusammenschließen.

Das selbe sieht man auch bei der Energiepolitik. Um die 50 Mrd. Schilling Energiebilanzdefizit abzubauen, gibt es für die Bourgeoisie nur den Weg: gegen die Werktätigen im eigenen Land und – gemeinsam mit den anderen Imperialisten (immer mehr gemeinsam mit der Sowjetunion) gegen die Dritte Welt. Gegen die gerechten Bestrebungen der Dritten Welt, die die rücksichtslose Ausplünderung ihrer natürlichen Ressourcen (Rohstoffe) das Hinunterdrücken der Preise dafür verbinden will. Und zugleich gegen die Werktätigen des eigenen Landes, indem unter dem Deckmantel des "Energiesparens" die Volksausplünderung auf dem Energiesektor vorangetrieben wird.

Auch hier ist anders an eine "Sanierung der Zahlungsbilanz" gar nicht zu denken. Die Arbeiterklasse kann sich aber für diese reaktionäre Energiepolitik nicht einspannen lassen. Im Gegenteil muß sie gegen die Energiepolitik der herrschenden Klasse kämpfen. In allen Fragen der Politik stoßen die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen der Bourgeoisie aufeinander, auch in allen Fragen, in denen die Bourgeoisie für die von ihr angestrebte "Sanierung der Zahlungsbilanz" ansetzen muß. Für die Arbeiterklasse ist daher wichtig, sich nicht unter der Wirkung dieser Propaganda vom Kampf um ihre Interessen und Forderungen abhalten zu lassen. Sowieso stellt die Frage der Zahlungsbilanz kein besonderes Ziel und kein selbständiges Kampffeld für die Arbeiterklasse dar. Sie bekommt jedoch die Folgen der kapitalistischen Widersprüche und Krisen zu spüren und muß gegen diese Folgen kämpfen, so gut es geht. Überwunden werden können alle diese vielfaltigen Krisen, Widersprüche, Probleme erst mit der Überwindung des Kapitalismus selbst. (wl)

ÖBB: Freche Antwort der Direktion

Wie wir im letzten KLASSENKAMPF berichteten, forderte der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft die Einstellung von zusätzlichen 1.000 Eisenbahnern. Das ist dringend nötig, weil krasser Personalunterstand herrscht. So müssen jährlich 6 Millionen Überstunden gemacht werden, die Kollegen können nicht auf Urlaub gehen, und trotzdem ist die Arbeit nicht zu schaffen, leiden die Gesundheit und die Sicherheit der Eisenbahner, die ohnehin oft eine gefährliche Arbeit verrichten müssen. Dabei sind 1.000 zusätzliche Eisenbahner ohnehin wenig und kann das nur ein erster Schritt sein. Allein um die ständigen Überstunden zu beseitigen würden etwa 3.000 nötig. Dazu kommt noch, daß die beförderte Tonnage ständig steigt. Für den Fall, daß die Forderung nach 1.000 neuen Einstellungen nicht erfüllt wird, drohte der Gewerkschaftsvorsitzende, Kollege Prechtl, mit "Dienst nach Vorschrift".

Die ÖBB Generaldirektion nimmt diese Forderung anscheinend nicht ernst und ist auf jeden Fall nicht gewillt, sie freiwillig zu erfüllen. In einer Stellungnahme zu der Forderung von Prechtl erklärte die Generaldirektion: Das ist ohnehin eine Maximalzahl die sicher nicht erfüllt wird. Zur Bewältigung der steigenden Transportleitung der ÖBB sollen teilweise neue Dienstposten und teilweise höhere Überstundenkontigente bewilligt werden. Also nicht Einschränkung der Überstundenschinderei und Erleichterungen für die Eisenbahner sondern weitere Verschärfung hat die Generaldirektion im Auge.

Die Antwort der Gewerkschaft darauf muß sein: Unbedingt festhalten an der Forderung und Druchsetzung bei den kommenden Gehaltsverhandlungen! Vorbereitung der dazu nötigen Kampfmaßnahmen! Klarstellen, daß sich die Gewerkschaft mit 1000 Neueinstellungen nicht zufrieden geben wird, sondern darin nur einen ersten Schritt sieht!

In den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes sieht es nicht besser aus als bei der ÖBB – zum Beispiel bei der Post oder im Gesundheitswesen. Es wäre nötig, daß die Gewerkschaften für



Mindestens ein Arbeiter ist zu wenig bei diesem Trupp vom Oberbau. Tausend zusätzliche Dienstposten bei der ÖBB!

diese Bereiche die Forderung der Eisenbahngewerkschaft übernehmen, bzw. entsprechende Forderungen für diese Bereiche aufstellen. Das wäre notwendig und würde gleichzeitig den Forderungen bei den gemeinsamen Gehaltsverhandlungen für den öffentlichen Dienst im September größere Durchschlagskraft verleihen.

Herbstlohnrunde 1980 hat begonnen

9%, 900.- Schilling mindestens: eine Forderung für die wichtigsten Branchen



In der vorletzten Woche sind bei der paritätischen Kommission 22 Anträge auf Lohnverhandlungen von mittleren bis kleinsten Gewerkschaften bzw. Fachgruppen vorgelegen. Die bedeutendsten davon sind: Lederwarenerzeuger, Schuh- und Lederwarenindustrie, Ledererzeugende Industrie (zusammen 15.500 Arbeiter); Brauereiarbeiter (4.000 Arbeiter); Arbeiter in der Süßwarenindustrie (4.000 Arbeiter). Am 1.9. findet die nächste Sitzung des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie statt. Danach wird auch diese Gewerkschaft einen Antrag auf Lohnverhandlungen stellen. Das betrifft 340.000 Arbeiter. Unmittelbar danach stehen die Verhandlungen für die Industrieangestellten an, das sind 75.000. Ebenfalls im September sollen die Gehaltsverhandlungen zwischen den Gewerkschaften des Öfftenlichen Dienstes und der Regierung stattfinden. Das betrifft 550.000 Aktive und 240.000 Pensionisten - darunter so wichtige Teile der Arbeiterklasse wie die Eisenbahner und die Postler.



Zentralsekretär Wille: Kapitulation vor Kampfbeginn

Am 22.8. hatte die "Presse" angesichts der bevorstehenden Metallarbeiter-Kollektivvertragsverhandlungen den endgültigen Ruin der kapitalistischen Wirtschaft an die Wand gemalt und in den schaurigsten Tönen die Stunde (2. September, 15 Uhr) beschworen, in der die Metallarbeitergewerkschaft ihre "Forderungen auf den Tisch knallt". Am 23.8. hat sich Sepp Wille, geschäftsführender Obmann der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, im Mittagsjournal zu Wort gemeldet. Die "Forderungen der Metallarbeiter" war das Thema, aber das totale Zurückweichen und Schwanzeinziehen vor den Forderungen der Kapitalisten war der tatsächliche Inhalt seiner Stellungnahme. "Thema verfehlt", könnte man sagen, wenn die Lage nicht zu ernst wäre: Denn unter einer solchen Orientierung, wie Wille sie vorschlägt, würden die Metallarbeiter voll unter die Räder kommen.

Erstens. Die Kapitalisten sagen: Kein Abschluß über der Inflationsrate. Androsch versichert immer wieder, daß weiters die Inflation, soweit sie auf steigende Energiekosten zurückgeht (2,5% der 6%, die für 1980 prognostiziert wurden) nicht abgegolten werden kann. Den Traum eines 3.5%-Abschlusses wagt allerdings kein Kapitalist ernsthaft weiterzuspinnen. Wille: Zwar könne sich die Gewerkschaft der Argumentation von Androsch nicht voll anschließen, aber es sei auch etwas Wahres dran; volle Abgeltung der Inflation sei daher nicht möglich. Ziel sei, "einen Großteil der Inflation abzugelten". Damit sind von vornherein Tür und Tor geöffnet für einen Lohnraubabschluß sondergleichen. Noch auf dem Metallarbeitergewerkschaftstag im Mai wurde die "Sicherung des Reallohns" zum Ziel erklärt, der letzte ÖGB-Bundesvorstand hatte sogar salbungsvoll "Reallohnsteigerung angepeilt". Wille leitet bereits, bevor noch die Verhandlungen begonnen haben, den totalen Rückzug ein. Das muß in der Gewerkschaft bekämpft werden. Der Metallarbeiter-Zentralvorstand am 1.9. muß Forderungen erheben, die den Reallohn gegenüber der Inflation sichern. Das sind mindestens 9% auf die Ist-Löhne!

Zweitens: Die Kapitalisten haben ein großes Geschrei um die Dallinger-Äußerung gemacht, daß zur Sicherung des Reallohns 10% notwendig wären. Wille macht kein Geschrei, erklärt jedoch im ORF, daß sich das sowieso nur auf die kollektivvertraglichen Mindestlöhne, keinesfalls aber auf die Ist-Löhne beziehen könnte. Bei den Mindestlöhnen wäre wohl mit einer Forderung von 8 - 10% zu rechnen. Bei den Ist-Löhnen also mit viel weniger. Tatsächlich müssen die Mindestlöhne radikal angehoben werden. Jetzt liegen sie ein Viertel bis drei Viertel unter den Ist-Löhnen. Wir fordern daher 18% (das Doppelte der Ist-Lohnerhöhung) Erhöhung der Mindestlöhne. Vor allem aber kommt es auf die Ist-Löhne an!

Drittens. Eine wichtige Forderung sei - laut Wille - eine zwölfmonatige Laufzeit. Das hat die Gewerkschaftsführung auch im letzten jahr bereits gesagt. Jedoch bedeutet das konkret, daß nach den Verhandlungen im September rückwirkend per 1. September abgeschlossen wird. Wird es nicht, gibt aber dafür die Gewerkschaftsführung wieder wie im Vorjahr eine Erklärung ab, daß das nächste Mal jedenfalls 12 Monate gelten sollen, dann wird die richtige Forderung zum hohlen Geschwätz.

Viertens. Die Kapitalisten schreien gegen den Beschluß des Metallarbeitergewerkschaftstags, bei diesen KV-Verhandlungen eine Woche mehr Urlaub für die Schwer-, zwei Wochen für die Schwerstarbeiter zu fordern. Wille spricht inzwischen, ganz entgegen dem Beschluß des Gewerkschaftstags, in derart allgemeiner Form von einer "Verbesserung für die Schwerarbeiter", ohne die konkrete Forderung auch nur mit einem Wort zu erwähnen, daß befürchtet werden muß, daß es den Kapitalisten gelingt, auch diese Forderung von vornherein vom Tisch zu wischen.



Steuerstand an einer Warmbreitstraße: Ständig höchste Konzentration, auch in der Nachtschicht. Ein Fehler kann für die Kollegen große Gefahr bedeuten.

Der Kurs der Kapitalisten ist: Hinunterdrücken der Arbeiter, soweit es geht, und keine Zugeständnisse. Der Kurs von Wille ist: Organisierung der kampflosen Kapitulation der Gewerkschaft gegenüber den Kapitalisten. Jetzt hängt viel davon ab, ob es gelingt, noch bis zum 1. September, wenn der Zentralvorstand tagt, in der Gewerkschaft das Interesse der Metallarbeiter an der Verteidigung des Lohns und an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zur Geltung zu bringen. Entscheidende Aufgabe kommt dabei den Betriebsräten zu. Die Strömung der kampflosen Kapitulation muß durchkreuzt werden! Auch in Fragen Schwer- und SChwerstarbeit ist es gelungen, die Gewerkschaftsführung auf bestimmte Forderungen festzulegen, die zumindest ein kleiner und erster Schritt sind. Wieso sollte das nicht auch auf den 1. September hin möglich sein? (wl)

Dallinger: um 10% Bundeswirtschaftskammer: unter 6%

Das sind die wichtigsten Äußerungen, die es bisher von der Gewerkschaft und von den Kapitalisten zu den kommenden Lohnverhandlungen gibt:

DALLINGER: FÜR REALLOHNSICHERUNG SIND 10% NÖTIG

ÖGB Vizepräsident und Vorsitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Dallinger, erklärte: Die Situation bei den Lohnverhandlungen ist schwierig, wegen der hohen Inflationsrate und der schwierigen wirtschaftlichen Lage. Es wird daher nur möglich sein, die Reallöhne zu halten. Dazu sind Lohnerhöhungen um die 10 Prozent notwendig, weil ja durch die höheren Steuern und Sozialversicherungsbeiträge noch etwas wegfällt.

Daß heuer nicht mehr als eine Reallohnsicherung zu erreichen sein wird und daß dazu Abschlüsse um 10% notwendig sind, ist auch die Ansicht des Kommunistischen Bundes; für die Metallarbeiter und die Öffentlichen Bediensteten schlagen wir daher eine Forderung von 9%, mindestens 900,- Schilling vor: Aber zu den Äußerungen von Kollegen Dallinger ist folgendes zu sagen:

* Reallohnsicherung ist notwendig und mehr wird heuer nicht zu erreichen sein. Das ist richtig. Dallinger sieht das aber von der Einschätzung aus: Die Lohnabschlüsse der letzten Jahre waren erfolgreich, haben Reallohnerhöhungen gebracht. Heuer ist eine schwierige Lage und man muß sich das Erreichte sichern. Tatsächlich ist es aber so: Bereits in den letzten Jahren sind die Lohnerhöhungen niedriger gewesen als die Preissteigerungen. Das ist auch das Ergebnis einer gewerkschaftlichen Lohnpolitik, die nicht von den Interessen der Arbeiter ausgegangen ist, sondern von der Lage der kapitalistischen Wirtschaft. Das hat nicht nur zu Reallohnabbau geführt, sondern auch die Kampfkraft der Arbeiterklasse geschwächt. Daher muß man sich jetzt auf die Sicherung des Reallohnes beschränken und weitere Senkung verhindern - nicht um das Erreichte zu sichern, sondern um die Grundlagen zu schaffen, bei der nächsten Lohnrunde einen Schritt der Hebung der Reallöhne zu machen. Das ist notwendig, um den Reallohnabbau der letzten Jahre auszugleichen und die wegen der steigenden Arbeitshetze gestiegenen Kosten für die Wiederherstellung der Arbeitskraft decken zu können.
  Kollege Dallinger erklärt, Abschlüsse um die 10% wären notwendig. Gleichzeitig läßt er aber offen, daß das wohl nicht überall möglich sein wird. Tatsächlich wird ein solcher Abschluß nirgends ohne Kampfmaßnahmen - bzw. nur durch Verhandlungen möglich sein. Die Praxis der Gewerkschaftsführung in den letzten Jahren war es aber immer, eine Forderung aufzustellen, von der man dann Schritt für Schritt heruntergeht, ohne auch nur einen ernsthaften Versuch zu machen, die Kampfkraft der gewerkschaftlich organisierten Massen einzusetzen. Bei Kollegen Dallinger findet man kein Wort der Kritik an dieser Praxis. Auf jeden Fall haben die Arbeiter nichts davon, wenn jetzt von 10% geredet - und dann bei 6 oder 7 Prozent abgeschlossen wird.
  So etwas hat auch mit Taktik nichts zu tun. Was soll das für eine Taktik sein, wenn die Kapitalisten von vornherein damit rechnen können, daß die Gewerkschaft um 1/4 bis 1/3 von ihrer Forderung heruntergehen wird?
* Kollege Dallinger sprach auch von einem Mindestbetrag. Aber er sagte nichts darüber, wie hoch der sein soll. Und zweitens denkt er an einen Mindestbetrag nur für den Fall, daß die Prozenterhöhung doch nicht reicht, um den Reallohn zu sichern. So soll dann durch einen Mindestbetrag wenigstens für die untersten Lohngruppen das Ärgste verhindert werden. Bringt man mit dieser Begründung einen Mindestbetrag ins spiel, so werden das die Kapitalisten nur nutzen, um die Prozentforderung hinunterzudrücken. Eine solche Begründung für einen Mindestbetrag spaltet die Arbeiter, denn: entweder es gibt eine ausreichende Prozenterhöhung, dann gibt es keinen Mindestbetrag. Die untersten Lohngruppen brauchen aber einen Mindestbetrag, um wenigsten die Folgen der Inflation auszugleichen, die diese Lohngruppen besonders arg trifft. Oder es gibt den Mindestbetrag, dann fallen aber die oberen Lohngruppen um die Reallohnsicherung um, weil dann die Prozenterhöhung nicht reicht, der Mindestbetrag aber nur für die unteren Lohngruppen wirksam ist.
* Es reicht nicht, nur von der Lohnforderung zu reden. Unbedingt ist es nötig, bei diesen KV-Verhandlungen wenigstens einen ersten Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wenigstens für Schwerarbeiter zu machen, denn die Belastung der Arbeiter ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Eine Lohnerhöhung alleine - vor allem wenn es bei dieser Lohnrunde von vornherein nur um die Sicherung der Reallöhne geht - reicht nicht, um die zunehmende Untergrabung der Reproduktion der Arbeitskraft zu stoppen.
  Außer Dallinger hat noch keiner der Gewerkschaftsführer sich geäußert, welche Forderungen bei der Lohnrunde erhoben werden sollen. Kollege Sekanina hat am Metallarbeiter-Gewerkschaftstag erklärt, daß die Gewerkschaft ihre bisherige Lohnpolitik weiterführen wird, weil sie erfolgreich war und weil nur unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage etwas erreicht werden kann. Tatsächlich wurde erreicht: Senkung des Reallohns in der Metallindustrie seit 1977.

Eine solche Lohnpolitik kann nicht im Interesse der Arbeiter sein.



Schaufelradbagger für Kohlentagbau. Die Bergarbeiter - ein kampfstarker Teil der Arbeiterklasse mit besonders schweren Arbeitsbedingungen im Tagbau und vor allem unter Tag

UND DIE KAPITALISTENSEITE

Die Bundeswirtschaftskammer hat auf die Äußerungen von Kollegen Dallinger wie erwartet reagiert: 10% Lohnerhöhung ist unmöglich. Mehr als einen Abschluß unter 6% verkraftet die Wirtschaft nicht. Dabei liegt die Inflationsrate zwischen 6 und 7%! Natürlich weiß die Bundeswirtschaftskammer, daß sie zu ihrem ersten Angebot noch etwas dazugeben wird müssen. Aber das Ziel der Kapitalisten ist zweifellos ein Brutto-Abschluß unter der Inflationsrate. 1979 konnten sie die Lohnkosten pro Stück um 3,7% senken. Weitere Senkung der Lohnstückkosten streben sie an. Dazu sind niedrige Lohnabschlüsse und Steigerung der Arbeitshetze notwendig. Sie rechnen dabei wieder damit, daß die Gewerkschaftsführung wieder mit einer relativ hohen Forderung in die Verhandlungen gehen wird und dann große Abstriche machen wird.

Finanzminister Androsch erklärte, ein Abschluß dürfe sich nur im Bereich von 3,5% bewegen - also bei der Hälfte der Inflation Diese Äußerung hat bei den Metallarbeitern wenig reale Bedeutung, aber sie zeigt, auf was der Finanzminister bei den Gehaltsverhandlungen im Öffentlichen Dienst hinauswill.

Philips Fernsehwerk: Zustimmung zu unserem Forderungsprogramm

Niedriges Lohnniveau, anstrengende Akkordarbeit, Ausdehnung der Schichtarbeit: so ist die Lage bei Philips im Fernsehwerk in Wien.

Das Forderungsprogramm des KB, das unsere Betriebszelle dort propagierte, fand im allgemeinen Zustimmung. Die Forderungen wurden, soweit wir es wissen, von den Arbeiterinnen und Arbeitern befürwortet. Großes Gewicht kommt bei Philips dem Mindestbetrag von 900,- Schilling zu. Die Masse der Frauen würde in den Genuß des Mindestbetrages kommen. Eine Kollegin am Band etwa rechnete sich gleich aus, was sie dann bekäme. Die Forderung nach dem Mindestbetrag ergibt sich vor allem, weil das die Lohnstruktur verbessert. Aber auch von der Höhe des Betrages her ist diese Forderung wichtig für die betroffenen Arbeiter. Das hat die Zelle anfänglich unterschätzt.

Aber trotz der Zustimmung: Der Kollektivvertrag überhaupt und deshalb auch unsere Vorschläge spielen noch nicht die Rolle in den Auseinandersetzungen im Betrieb, wie es notwendig wäre. Sicher hängt das mit der traditionellen Geheimnistuer-Politik der Gewerkschaftsführung zusammen. Bei Philips ist das besonders kraß - der Betriebsratsobmann ist schon seit Jahren im Verhandlungskomitee, aber noch nie hat er gegenüber der Belegschaft etwas zur Vorbereitung der KV-Verhandlungen getan, oder über den Gang der Verhandlungen berichtet. In der Betriebszeitung unserer Zelle und in einem Telephonat wurde er darauf angesprochen, was er zu unserem Forderungsprogramm meint. Er lehnte aber jede Stellungnahme ab. Nicht daß er uns nichts sagt, sondern daß er vor allem der Belegschaft nichts sagt, ist entschieden zu kritisieren.

Von den Wandzeitungen, die wir beim Betrieb verteilten wurden im Werk in Liesing 7 Stück von den Arbeitern aufgehängt. Das zeigt klar, daß unsere Forderungen bereits zum Teil aktiv unterstützt werden. Oft wurde uns gesagt, die Forderungen seien zwar gut und auch notwendig, aber "unrealistisch".

Wir werden uns mit diesem Argument mehr als bisher auseinandersetzen müssen. Vor allem aber kommt es darauf an, zu erreichen, daß die Notwendigkeit des Kampfes um diese Forderungen klar wird.

Das Schweigen des Betriebsrates zu den KV-Verhandlungen konnte nicht durchbrochen werden, wohl auch deshalb nicht, weil es nicht gelungen ist, unter der Belegschaft eine breitere Auseinandersetzung darum zu führen und unsere Forderungen fest zu verankern. An einzelnen Punkten ist es aber heute schon teilweise gelungen, den Betriebsrat zu einer gewissen Stellungnahme zu bewegen. Bezugnehmend auf das "Videosignal" (die Betriebszeitung unserer Zelle), äußerte er einige Male, die Forderungen seien völlig unhaltbar, weil viel zu teuer. Beim Zusatzurlaub bestritt er, daß die Gewerkschaft diesen tatsächlich gefordert hat. Das "Videosignal" hat den Beschluß des Metallarbeitergewerkschaftstages bekannt gemacht und diese Forderung ist auf Zustimmung gestoßen.

Ebenfalls in Gesprächen an den Bändern wurde er auf die Forderung nach einem Mindestbetrag von 900,- Schilling angesprochen, ist aber einer klaren Stellungnahme ausgewichen. Trotzdem kann man sagen, daß die Propagierung unseres Forderungsprogramms dazu geführt hat, daß der Betriebsrat sich überhaupt zum KV wenigstens ein bißchen geäußert hat.

Von einem Betriebsrat ist uns bekannt, daß er mit der Geheimnistuerei-Politik der Gewerkschaft nicht einverstanden ist. Unsere Forderungen unterstützt er zum Teil, wenngleich er sie auch immer als "unrealistisch" bezeichnet. Dieser Betriebsrat und der eine oder andere der ebenso denkt, haben das aber bisher noch nicht in einer Betriebsratssitzung aufgeworfen, sondern nur in Gesprächen mit anderen Arbeitern. Es wäre zweifellos ihre Aufgabe, weiterzugehen und die Sache im Betriebsrat zur Sprache zu bringen.

(Zelle Philips Horny)

Worum geht es für die Arbeiter bei der Lohnrunde?

AUFGABEN DES GEWERKSCHAFTLICHEN KAMPFES

Der Arbeiter muß seine Arbeitskraft verkaufen. Dafür bekommt er seinen Lohn, davon muß er leben. Er muß seine Arbeitskraft wiederherstellen, denn er muß sie ja nicht nur einen Tag oder ein Jahr lang verkaufen, sondern sein ganzes Arbeiterleben lang. Der Lohn muß also reichen, um alle notwendigen Güter zu kaufen, die ein Arbeiter braucht, um seine Arbeitskraft wiederherstellen zu können und am nächsten Tag, im nächsten Monat wieder mit voller Kraft arbeiten zu können. Um einen solchen, ausreichenden Lohn zu erkämpfen brauchen die Arbeiter die Gewerkschaft. Steigt der Verschleiß der Arbeitskraft, weil die Kapitalisten immer mehr aus den Arbeitern herausholen, so braucht der Arbeiter einen höheren Lohn - er braucht ja auch mehr und bessere Güter zur Wiederherstellung der Arbeitskraft.

Steigender Verschleiß der Arbeitskraft kann nur zum Teil durch höheren Lohn wettgemacht werden. Es ist also auch notwendig, der Steigerung der Ausbeutung Schranken zu setzen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen, um der Ruinierung der Arbeits- und Lebenskraft der Arbeiter entgegenzutreten.

Heute steht die österreichische Arbeiterklasse vor dem Problem, daß es seit Jahren neben der steigenden Arbeitshetze, Schichtarbeit usw., sinkenden Reallohn gibt. Wo also eine Ausdehnung und Verbesserung der Mittel zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig gewesen wäre, hat es in Wirklichkeit Einschränkung gegeben. Zum Teil konnte das eine zeitlang verdeckt werden, durch Kredite, Auflösung von Sparguthaben. Aber diese Möglichkeiten sind zum Großteil erschöpft. Auch Überstunden, höhere Akkordlöhne können die Lage nicht verbessern, da ja Hand in Hand damit noch größere Verausgabung der Arbeitskraft geht. Ebenso ist es mit der Frauenarbeit. Seit Anfang der 70-er Jahre wurden massenhaft Frauen in die Produktion hineingezogen. Das hat natürlich zuerst zu einer Aufbesserung der Familieneinkommen geführt. Gleichzeitig aber sind dadurch die Kosten für die ganze Familie wesentlich gestiegen und die Löhne der Männer entwertet worden. Früher mußte der Lohn eines Mannes zur Erhaltung der Familie reichen - heute müssen schon Mann und Frau dafür arbeiten gehen.

Um einen Lohn zu erreichen, der dem Wert der Arbeitskraft entspricht, wäre es notwendig: Den Reallohnabbau der letzten 3 bis 4 Jahre wettzumachen und darüber hinaus noch eine beträchtliche Steigerung der Löhne zu erreichen, da ja eben der Verschleiß stark gestiegen ist.

LOHNRUNDE 80: STOPPEN DES REALLOHNABBAUS

Eine so hohe Lohnerhöhung wird man bei den Verhandlungen heuer nicht durchsetzen können. Was man aber eher erreichen kann, ist, den Reallohnabbau zu stoppen. Das wäre dann eine gute Grundlage, um bei der nächsten Lohnrunde einen Schritt in Richtung Anhebung des Lohns auf den Wert der Arbeitskraft zumachen. Um den Reallohnabbau zu stoppen, wäre bei den Metallarbeitern und bei den öffentlichen Bediensteten heuer eine Lohnerhöhung um 9% mindestens 900,- Schilling notwendig. Von den 9% bleiben netto gerade 7% - das entspricht der Inflationsrate plus einem kleinen Zuschlag von ca. 0,5% als Reserve für die zu erwartende Erhöhung der Arbeitslosenversicherung. Die 900,- Schilling Mindestbetrag sind notwendig, weil diejenigen, die besonders schlecht verdienen, auch von der Inflation besonders arg getroffen werden. Auch für die anderen Branchen kann die Forderung 9% mindestens 900,- Schilling als Richtlinie dienen.

Will man das durchsetzen und will man dann weitergehen und im nächsten Jahr nicht nur Reallohnabbau verhindern, sondern die Löhne tatsächlich auf den Wert der Arbeitskraft heben, wird es mit Verhandlungen allein nicht gehen. Die Arbeiterschaft muß ihre organisierte Kraft einheitlich für diese Forderungen einsetzen, darf sich nicht spalten lassen.

SEIT 1977: SINKEN DER REALLÖHNE

Seit 1977 sinken die Reallöhne der Metallarbeiter (berechnet nach dem Durchschnittslohn). Für die ca. 70%, die weniger als den Durchschnittslohn verdienen, dauert die Reallohnsenkung schon länger an. Für andere Branchen ist es eher noch schlechter. Sind doch die Metallarbeiter die bedeutendste Kraft innerhalb der Arbeiterklasse, mit der größten Arbeitergewerkschaft, und konnten sie daher in den letzten Jahren nicht in dem selben Ausmaß hinuntergedrückt werden wie andere, schwächere Teile der Arbeiterschaft, z.B. die Textilarbeiter.

WACHSENDER VERSCHLEISS DER ARBEITSKRAFT

Aber die Entwertung der Löhne durch die Inflation ist nicht das einzige, was zu einer Verschlechterung der Lage der Arbeiter geführt hat. Gleichzeitig ist auch der Verschleiß der Arbeitskraft gestiegen.

Die Produktivität pro Arbeitsstunde ist in der österreichischen Industrie in den letzten 10 Jahren über 6% jährlich gestiegen. Das bedeutet: Ein Arbeiter stellt heute in einer Stunde um 79% mehr an Produkten her, als vor 10 Jahren. Diese Produktivitätssteigerung wurde erreicht, indem Hand in Hand mit der Modernisierung der Maschinerie die Auspressung der Arbeitskraft verstärkt wurde. Auch die Ausdehnung der Schichtarbeit hat zu steigendem Verschleiß der Arbeitskraft geführt. heute arbeiten bereits 290.000 Arbeiter in Schicht (1/3 davon im 3-Schicht-Rythmus). In einigen Branchen ist der Anteil der Schichtarbeiter besonders hoch: Bergwerke über 60%, Eisenhütten über 50%. Auch in der Elektroindustrie und der Textilindustrie wird die Schichtarbeit ständig ausgedehnt und es gibt Versuche, das Nachtarbeitsverbot für Frauen zu durchbrechen. (dr)

LESERBRIEF: Zwei Arbeitsunfälle

Vorige Woche brach sich ein junger Arbeiter, der als Offsethelfer in der Wiener Druckerei Agens-Werk arbeitet, beide Beine.

Beim Abtransport eines Papierabfall-Containers mußte dieser über ein freiliegendes Kabel gehoben werden. So ein Container hat an und für sich schon ein Gewicht von 80 bis 100 kg. Ist er mit Papierabfall vollgeladen, kann sein Gewicht bis zu einer Tonne erreichen.

Derzeit werden in der Firma Umbauarbeiten durchgeführt und so liegt auch allerhand Kabelzeug am Boden herum. Über so ein Hindernis mußte auch der Container gehoben werden, um in den Lift gerollt werden zu können. Dabei wurde der Container überlastig, er kippte auf eine Palette und rutschte von dort auf die Beine des Kollegen. Beide Beine brachen an den Oberschenkeln.

Der Kollege war erst kurze Zeit im Betrieb und so befürchteten einige Kollegen, daß der Chef ihn wohl noch während des Krankenstandes hinauswerfen würde. Sie sprachen dabei offensichtlich aus Erfahrung, die sie mit dem Herrn Geyer in der Vergangenheit zur Genüge machen mußten.

Es fanden sich schließlich auch einige Kollegen, darunter auch ein Abteilungsleiter, die meinten, der Kollege sei ohnehin selbst schuld gewesen. Er sei unvorsichtig gewesen und bei eigenem Verschulden könne der Chef auch nichts machen.

Ein Helfer an der Offsetmaschine muß im Agens-Werk täglich an die drei bis vier Überstunden machen. Er muß täglich schon eine Stunde vor den Druckern im Betrieb sein und er muß, nachdem die Maschine 8 Stunden gelaufen ist, diese noch warten und für den kommenden Tag Vorbereitungen treffen. Die Arbeit des Offsethelfers gehört sicherlich zu den schwersten und dreckigsten Arbeiten. Der Lohn dafür ist ein wahrer Hungerlohn: 36,- Schilling brutto in der Stunde und 6,-Schilling Zulage, wenn beim Drucken der Staubapparat in Betrieb ist (er dient einem rascheren Trocknen der verdruckten Farbe, um ihr Verwischen zu vermeiden). Der Helfer kommt so mit seinen 60 bis 70 Überstunden monatlich auf 7.500,- bis 8.500,- Schilling brutto.

Daß für die Kapitalisten nicht etwa die Gesundheit der Kollegen, sondern nur der Profit zählt, zeigte sich kurz darauf ein weiteres Mal: Ein Skalpellmesser, wie es zum Schneiden von Filmen verwendet wird, rutschte vom Tisch und bohrte sich in den Fuß eines gerade vorbeigehenden Kollegen. Sein Blut floß in wahren Strömen. Die einzigen Sorgen des Chefs waren die Verwicklungen, die es nun mit dem Gewerbeinspektorat geben könnte. Noch bevor die Rettung gerufen wurde, wurde dieses Problem gewälzt.

Hätte übrigens der Kollege Sicherheitsschuhe getragen, wäre es zu dem Unfall nicht gekommen. Die Firma stellt jedoch keine Sicherheitsschuhe zur Verfügung, da sie die Kosten dafür nicht tragen will. Und bevor noch die Rettung da war, war bereits der Abteilungsleiter da, der dem Kollegen vorwarf, daß er bloß zehenfreie Holzpantoffeln getragen hatte und deshalb an allem selbst Schuld sei. (I.V., Wien)

Gespräch mit Betriebsrat über Lohnrunde

Bei Wertheim hat es noch keinerlei Vorbereitungen für die KV-Verhandlungen gegeben. Einerseits wirkt sich hier die Haltung des Zentralvorstands aus: er hat ja kein Forderungsprogramm festgelegt und sich überhaupt noch nicht zu den Verhandlungen geäußert. Das erschwert die betrieblichen Auseinandersetzungen. Bei Wertheim wirken sich außerdem die schlechten KV-Abschlüsse der letzten Jahre besonders stark auf die Haltung zur Gewerkschaft aus; und darauf, was man von den kommenden Verhandlungen erwarten kann. In der Maschinen- und Stahlbranche konnten die schlechten Abschlüsse seit 1975 zum Teil durch innerbetriebliche und individuelle Lohnerhöhungen kompensiert werden. Bei Wertheim - einem relativ kampfstarken Betrieb - spielt das eine besonders große Rolle.

Wir haben mit dem Betriebsratsobmannstellvertreter von Wertheim über unser Forderungsprogramm gesprochen. Auf die Frage was er zum Beispiel von unserer Forderung nach Beseitigung der Lohngruppen 6,7 und 8 halte, meinte er, daß es wirklich notwendig wäre, diese Lohngruppen abzuschaffen.

Was unsere Forderung von 9%, mindestens aber 900,- Schilling betrifft, so sei das eine sehr gemäßigte Forderung. Forderungen könnten nie hoch genug sein. Der Mindestbetrag sei wichtig, leider ist die Gewerkschaft wieder davon abgekommen.

Aber der Betriebsrat hat nichts getan, um die Lohnrunde im Betrieb vorzubereiten. Es wäre seine Aufgabe gewesen, eine Auseinandersetzung über die notwendigen Forderungen zu organisieren. Hätte eine Betriebsversammlung bei Wertheim zum Beispiel eine Lohnforderung und die Abschaffung der Lohngruppen 6,7, und 8 beschlossen, so hätte sich der Zentralvorstand damit auseinandersetzen und dazu Stellung nehmen müssen. Auch auf andere Betriebe würde sich so etwas gut auswirken und einen Beitrag zur Herstellung der Einheit der Arbeiter leisten.

Daß er von den KV-Verhandlungen nicht viel erwartet und daher selbst auch nur wenig dazu beitragen will, hatte er dann auch bestätigt. Die Vergangenheit zeige, daß vom KV nicht viel zu erwarten sei, es werde wahrscheinlich wieder zu Verschleppungen kommen, insbesondere wenn die Inflation um ein paar Zehntel zurückginge. Außerdem werde der KV nicht rückwirkend abgeschlossen werden.

Der Betriebsrat meinte weiters, daß eine Steuerreform unbedingt notwendig sei, weil ohne sie die Nettoerhöhungen sehr gering ausfallen würden, daß eine solche Steurreform aber leider frühestens für 1982 zu erwarten sei. Es stimmt zweifellos, daß die ÖGB-Führung bei diesen KV-Verhandlungen zurücksteckt. Es muß vielmehr heißen, daß sie erstens Forderungen die den Reallohn sichern aufstellt und wirklich vertritt und zweitens für eine Steuerreform einzutreten.

Im großen und ganzen stellte der Betriebsratsobmannstellvertreter die Lage so dar: bei den KV-Verhandlungen würde nicht viel herausschauen, aber bei Wertheim wäre das nicht so schlimm, es gäbe ja immerwieder hohe innerbetriebliche Lohnerhöhungen. Für einen Gewerkschaftsfunktionär ist seine Meinung über die Gewerkschaft nicht sehr hoch. Ein guter KV-Abschluß kann aber gerade nur auf der Grundlage der Einheit und Klarheit der Arbeiter zustandekommen. Die notwendigen Maßnahmen zur Vorbereitung muß der Betriebsrat in jeden Betrieb organisieren. Es hilft nichts, wenn der Betriebsratobmannstellvertreter beteuert, daß "leider bisher alles schlecht gewesen sei" anstatt, daß er seine Stellung als Betriebsrat nützt, um die KV-Verhandlungen entsprechend vorzubereiten.

Was die innerbetrieblichen Lohnerhöhungen betrifft, ist die Lage keineswegs so rosig. Allgemein wirkt sich auf innerbetriebliche Entwicklung ein schlechter KV-Abschluß aus: Denn erstens kann die Innerbetriebliche nicht auf die Dauer schlechte KV-Abschlüsse wettmachen. Obwohl in der Maschinen- und Stahlbranche der Anteil der innerbetrieblichen Lohnerhöhung ständig gestiegen ist, sind trotzdem die IST-Lohnerhöhungen insgesamt stark gefallen. Zweitens wirkt sich ein schlechter Abschluß auf die Kampfkraft jeder einzelnen Belegschaft aus. Drittens konnte gerade bei Wertheim dieses Jahr keine innerbetriebliche Erhöhung erkämpft werden.

Forderungsprogramm für die Postler

GEHALTSERHÖHUNG: 9%

MINDESTENS 900 SCHILLING

Die Durchsetzung dieser Forderung sichert nicht nur den Reallohn, sondern trägt auch zur Anhebung des gesamten Gehaltsniveaus im öffentlichen Dienst bei. Dies entspricht heute dem der Elektroindustrie und ist weit niedringer als das Lohnniveau der gesamten Metallindustrie (die Arbeiter in der Elektroindustrie sind der bei weitem am schlechtesten bezahlte Teil der Metallarbeiter). Es ist dieselbe Forderung, die wir bei den Metallern aufgestellt haben. Während sie dort günstig ist, weil sie die Spaltungstäler zwischen den entscheidenden Teilen der Arbeiter und den Niedriglohngruppen 6, 7 und 8 mildert, ist sie im öffentlichen Dienst deshalb günstig, weil ein Großteil der Bediensteten (z.B. bei der Post 72%) in den Mindestbetrag fällt: Durch solche Erhöhungen

Auch im Öffentlichen Dienst: schwere und gefährliche Arbeit

kann längerfristig erreicht werden, daß die Kluft zwischen öffentlich Bediensteten und Industriearbeitern geschlossen wird. Weiters kann durch eine solche Forderung erreicht werden, daß gravierende Unterschiede in der Gehaltsstruktur der öffentlich Bediensteten (z.B. besonders niedriges Niveau bei der ÖBB) beseitigt werden. Schließlich ist ein und dieselbe Forderung für verschiedene Gruppen von Lohnabhängigen deshalb günstig, weil verhindert wird, daß eine Gruppe gegen die andere ausgespielt werden kann. Sie stärkt somit die Bestrebungen, die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf um die Sicherung des Wertes der Arbeitskraft herzustellen.

VOLLE KOLLEKTIVVERTRAGS-FÄHIGKEIT FÜR DIE GEWERKSCHAFTEN DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES!

RECHT AUF FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IN DEN DIENSTSTELLEN!

Die Kollektivvertrags-Fähigkeit der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ist weitgehend eingeschränkt. Die Gewerkschaft verhandelt zwar mit der Regierung - das Verhandlungsergebnis hat aber noch keine Wirksamkeit. Erst ein Parlamentsbeschluß kann dann wirklich zu Gehaltserhöhungen führen. Das Parlament darf aber auch etwas ganz anderes beschließen, als die Gewerkschaft in den Verhandlungen mit der Regierung erreicht hat. Das ist nicht nur beim Gehalt so, sondern auch bei den Arbeitsbedingungen. Diese sind durch besondere Gesetze für den öffentlichen Dienst geregelt (Dienstrecht). Änderungen können nur vom Parlament beschlossen und nicht zwischen Regierung und Gewerkschaft festgelegt werden.

Das ist natürlich ein enormes Druckmittel gegen die öffentlich Bediensteten und untergräbt den gewerkschaftlichen Kampf. Notwendig ist es, für die öffentlich Bediensteten dieselbe Regelung wie für alle anderen Lohnabhängigen zu erreichen: Die Gewerkschaft muß das Recht haben, Verträge mit der Regierung abzuschließen, die Gehaltserhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen festlegen. Diese Verträge müssen rechtsgültig sein - ohne Bestätigung durch das Parlament.

Die besondere Entrechtung der öffentlich Bediensteten durch das Dienstrecht und die Einschränkung der Kollektivvertrags-Fähigkeit der Gewerkschaften wirkt sich nicht nur für die öffentlich Bediensteten schlecht aus. Das ist ein Mittel zur Abspaltung der öffentlich Bediensteten von den anderen Teilen der Arbeiterklasse und anderen Lohnabhängigen. Eine solche Spaltung schwächt die ganze Arbeiterklasse! Deswegen ist es für die ganze Arbeiterklasse wichtig, daß diese Forderungen durchgesetzt werden. Solche Regelungen, bei denen die Beamten derzeit besser gestellt sind (z.B. Pensionsrecht) müssen auf die ganze Arbeiterklasse ausgedehnt werden.

BESOLDUNGS-REFORM:

ABSCHAFFUNG DER DIENSTKLASSEN I und II! ABSCHAFFUNG DER VERWENDUNGSGRUPPEN E, P5, P4! KEINE VERZÖGERUNG DER REFORM DURCH DEN STAAT!

Die niedrigen Verwendungsgruppen und Dienstklassen sind ein wichtiges Mittel des Staates, das niedrige Gehaltsniveau aufrechtzuerhalten. Durch die Gehaltsvorrückung (Biennalsprung) schafft er Aufstiegsillusionen und dämpft den Widerstand der Kollegen gegen schlechte Entlohnung. Mit der Sicherheit, in ein paar Jahren mehr zu verdienen, wird die geringe Anfangsentlohnung kampflos hingenommen. Ergebnis ist, das die Entlohnung im öffentlichen Dienst wesentlich niedriger ist als in der Industrie.

Wir sind nicht gegen die Gehaltsvorrückung. Aber wir sind gegen ein Gehaltsschema, durch dessen Struktur ein niedriges Gehaltsniveau zementiert wird. Wir fordern daher ehebaldigste Reform bzw. Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen nach Abschaffung der Niedriglohngruppen durch Streichung der untersten Dienstklassen (I, II) und Verwendungsgruppen (E, P5, P4). Das ist neben dem Lohnkampf ein wichtiges Mittel zur Erreichung des Industrielohnniveaus. Alle Versuche der Regierung, Ergebnisse einer solchen Reform in zukünftige Gehaltsabkommen einzurechnen, müssen entschieden abgewehrt werden.

WEG MIT DEN SYSTEMISIERTEN MEHRLEISTUNGEN UND DEM ZWANG ZU ÜBERSTUNDEN!

SOFORTIGE EINSTELLUNG VON 1000 BESCHÄFTIGTEN IM POST- UND FERNMELDEDIENST!

ANHEBUNG DER KRANKEN- UND URLAUBSRESERVE!

Während in den letzten Jahren der Personalstand nahezu unverändert geblieben ist (1979 auf dem Stand von 1974), sind die Verkehrsleistungen erheblich gestiegen: seit 1972 bei Zeitungen um 48%, Briefsendungen um 33%, Fernmelde-Anschlüsse um 54%. Die Sparmaßnahmen der Regierung werden durch folgende Zahlen verdeutlicht: 1972 betrug der Umsatz pro Kopf 180.000 S, der Aufwand pro Kopf rund 90.000 S (also ein Verhältnis von 2:1); bis 1979 ist der pro-Kopf-Umsatz auf 420.000 S gestiegen, der pro-Kopf-Aufwand nur auf 190.000 S, das Umsatz/Aufwand-Verhältnis ist auf dem Rücken der Bediensteten auf 5 zu 2 zugunsten der Verwaltung gestiegen.

Erreicht werden konnte das unter anderem mittels der "systemisierten Überstunden". Das bedeutet, daß es für einen großen Teil der öffentlich Bediensteten die 40 Stunden Normalarbeitszeit nicht gibt, sondern sie regelmäßig, jede Woche 42 Stunden oder 48 Stunden (das ist in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich) arbeiten müssen. Dazu sind sie gezwungen (Dienstrecht!).

Auch das niedrige Gehaltsniveau stellt einen Zwang zu Überstunden dar. Gegen die maßlose Verlängerung des Arbeitstages im öffentlichen Dienst muß an zwei Fronten gekämpft werden: Einstellung von mehr Personal und Erhöhung der Gehälter. Allein um die auf dem Papier bestehenden, aber nicht besetzten Dienstposten aufzufüllen, wären bei der Post zusätzliche 5.000 Beschäftigte notwendig. Das heißt also, daß heute die Postler die Arbeit von 5.000 nicht Eingestellten mitmachen müssen! Es wird nicht möglich sein, bei einer Gehaltsverhandlung eine Aufstokkung des Bedienstetenstandes um 5.000 bei der Post zu erreichen. Aber ein deutlicher Schritt in diese Richtung ist notwendig! Der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft (Prechtl) hat kürzlich die Einstellung von 1.000 zusätzlichen Eisenbahnern gefordert, um die unerträglichen Arbeitsverhältnisse bei der ÖBB zu verbessern. Auch bei der Post müßte bei den Gehaltsverhandlungen die Einstellung von zusätzlich 1.000 Postlern gefordert werden!

Die Anhebung der Urlaubs- und Krankenreserve ist eine zwingende Notwendigkeit für den Kampf um Verbesserung des Urlaubsrechts und zur Gewährleistung der laufenden Urlaubsabwicklung.

ERHÖHUNG DES MINDESTURLAUBS AUF FÜNF WOCHEN!

GLEICHSTELLUNG MIT DEM ALLGEMEINEN ARBEITNEHMER-URLAUBSRECHT!



EINFÜHRUNG DER URLAUBSSTAFFELUNG DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES FÜR ALLE ARBEITNEHMER!

Der erhöhte Verschleiß der Arbeitskraft macht längere Erholungszeiten notwendig, sowohl was die Tages-, als auch was die Jahres- und Lebensarbeitszeit betrifft. Zu den Gehaltsverhandlungen fordern wir, daß als Sofortmaßnahme die Forderung des ÖGB-Kongresses durchgeführt werden soll: Erhöhung des Mindesturlaubs bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Staffelung für ältere Bedienstete.

Darüberhinaus fordern wir, daß dem Staat das selbstangemaßte Recht entzogen werden soll, bei der Urlaubsabwicklung in erster Linie von den dienstlichen Interessen auszugehen. Notwendig ist daher die Gleichstellung der öffentlich Bediensteten mit dem allgemeinen Urlaubsrecht für alle Arbeitnehmer. Das bedeutet vor allem, daß der Staat gezwungen wird, seinen Bediensteten den Urlaub für das jeweils laufende Kalenderjahr einzuräumen; weiters, daß alle Bestimmungen des Urlaubsrechts nur zugunsten der Bediensteten und nicht des Staates ausgelegt werden dürfen. Eine andere Voraussetzung dazu ist die entsprechende Anhebung des Personalstandes.

Für die Gleichstellung aller Arbeitnehmer beim Urlaubsrecht ist schließlich über den öffentlichen Dienst hinaus, die Urlaubsstaffelung für ältere Arbeitnehmer generell durchzusetzen, wobei unverschuldete Fehlzeiten (Krankenstände, Karenzzeiten, Arbeitslosenzeiten) eingerechnet werden müssen.

STRIKTE EINHALTUNG DER VERKÜRZTEN DIENSTPLÄNE FÜR SCHICHTARBEIT. (38-STUNDENWOCHE)!

ANRECHNUNG DES GESAMTEN NACHTTURNUS ALS NACHTARBEITSZEIT!

VERKÜRZUNG DER NACHTARBEITSZEIT AUF HÖCHSTEN 6 STUNDEN!

Ein dringendes Problem ist auch im öffentlichen Dienst die Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit insbesondere der Turnusdienste mit Nachtarbeit. Der erhöhten Ausbeutung durch "Dienst rund um die Uhr" müssen Schranken gesetzt werden (Turnusdienst besteht aus zwei Schichten: 7 Uhr bis 19 Uhr und 19 Uhr bis 7 Uhr).

Die erste Forderung richtet sich gegen die von der Verwaltung vielfach immer noch auf der Basis der 42-Stunden-Woche gehaltenen Turnusdienstpläne und liegt auf der Linie der tatsächlichen Einhaltung der 40-Stunden-Woche.

Die zweite Forderung richtet sich gegen die vom Staat willkürlich eingeführte Regelung, daß nicht die tatsächliche Nachtdienstzeit, sondern nur die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr als Nachtdienst gelten.

Die dritte Forderung ist ein erster Schritt zum völligen Verbot von Nacht- und Schichtarbeit (außer in Fällen, in denen sie aus technischen, vom Betriebsrat, wo dies nicht möglich ist, von der Gewerkschaft anerkannten Gründen unvermeidbar ist).



Egal ob bei Post, Bahn oder Gemeindebediensteten - wie hier die Feuerwehr -: zusätzliche Dienstposten sind notwendig.

ANHEBUNG DER NACHTDIENSTZULAGE AUF 50% DES LOHNS!

Das Verhältnis zwischen Lohn und Zulagen beträgt im Durchschnitt 3:1, das heißt 25% des Effektivlohns besteht aus Zulagen. Die Zulagen haben vielfach den Zweck, den geringen Lohn scheinbar erträglicher zu machen. Wir sind daher gegen den Ausbau des Zulagenwesens und für die Verbesserung des obengenannten Verhältnisses zugunsten des Lohns.

Manche Zulagen tragen dem unterschiedlichen Verschleiß der Arbeitskraft Rechnung. So ist z.B. die Lebenserwartung eines Turnusarbeiters unter dem allgemeinen Durchschnitt, seine Reproduktionskosten sind westenlich höher. Die derzeitige Nachtdienstzulage von 72 S deckt dies nicht im mindesten ab. Als Sofortmaßnahme fordern wir dagegen, soweit Nachtdienst unumgänglich ist, die Entlohnung der Nachtarbeit auf Überstundenbasis. Diese Forderung hat inzwischen auch die Deutsche Post-Gewerkschaft aufgestellt.

Erster Erfolg der Gewerkschaft

Schon seit Anfang der 70er Jahre ist eine Reform des Gehaltsschemas eine Forderung der Gewerkschaft. Wichtigstes Ziel dabei ist die Anhebung der untersten Gehaltsgruppen. Bei Verhandlungen im Juni konnte dabei allgemeine Übereinstimmung mit dem Vertreter der Regierung, Staatssekretär Löschnak erzielt werden:

* In den unteren Lohngruppen sollen die Verwendungsgruppen für die "Beamten in Handwerklicher Verwendung" zusammengelegt werden. Das hat zur Folge, daß die Arbeiter im öffentlichen Dienst dann nicht mehr noch weniger verdienen als die untersten Verwaltungsbeamten.
* Ausserdem sollen die untersten zwei Gehaltsstufen gestrichen werden. Bisher ist es so, daß die untersten zwei Gehaltsstufen durch eine Sonderzahlung auf die Höhe der 3. Gehaltsstufe angehoben werden. Aber den ersten Biennalsprung machen die Beamten erst nach zwei Jahren, und nach vier Jahren den zweiten.

Bisher wollte die Regierung die Anhebung der untersten Gehaltsgruppen kostenneutral durchführen, das heißt durch innere Umschichtungen im Gehaltsschema. Das wurde von der Gewerkschaft strikt abgelehnt. Sie akzeptiert nur eine Lösung die eine Besserstellung der unteren Gehaltsgruppen bedeutet, ohne woanders Verschlechterungen nach sich zu ziehen. Das geht nicht ohne Kostensteigerung. Dem hat die Regierung nun auch zugestimmt.

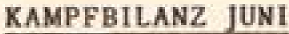
Allerdings handelt es sich noch um keine festen Vereinbarungen, sondern nur darum, daß in einer Aussprache Übereinstimmung erzeilt wurde. Die Regierung versucht weiterhin, die tatsächliche Durchführung der Reform hinauszuzögern. Nach Auskunft des Landesvorstandes Wien der Postgewerkschaft ist bei der Post erst 1982 mit der Reform zu rechnen.

Dieser Verzögerungstaktik der Regierung gegenüber müßte die Gewerkschaft die Durchführung der Reform bei den heurigen Gehaltsverhandlungen im September fordern, und dabei jedes Ausspielen gegen die Gehaltsforderung zurückweisen.(dr)

Sicherheitszone in Kampuchea gefordert

An der Grenze Kampuchea/Thailand soll nach den Vorstellungen der vietnamesischen Besatzer eine entmilitarisierte Zone geschaffen werden. UNO-Generalsekretär Waldheim trat bei seiner kürzlich unternommenen Reise nach Hanoi und Bangkok als Agent dieser Vorstellung auf (vgl. Klassenkampf Nr. 19/80). Nach Thanat Khoman, dem stellvertretenden thailändischen Regierungschef, soll er es sogar vermieden haben, über die UNO-Resolution (Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea) zu sprechen. Stattdessen ist er vollständig davon ausgegangen, daß Kampuchea ein vietnamesisches Besatzungsland ist. Folgerichtig hat er auch die von der UNO anerkannte Regierung des Demokratischen Kampuchea einfach übergangen. Letztere sandte ihm am 3. August einen offenen Brief, in dem die Schaffung einer Sicherheitszone in Kampuchea und von dort aus die Verteilung der internationalen Hilfslieferungen an die kampucheanische Bevölkerung gefordert wird. Seit Beginn der sowjetisch-vietnamesischen Invasion fordert die Regierung des Demokratischen Kampuchea dies, das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea wurde im Sommer 1979 gegründet, weil die internationalen Hilfsorganisationen stattdessen an das Besatzungsregime in Phnom Penh zu liefern begonnen hatte. Vor der Regierungsumbildung im Dezember 1979 hat Pol Pot erneut die UNO aufgefordert, Truppen nach Kampuchea zu schicken, um den Völkermord der Vietnamesen zu stoppen. Weil die sowjetisch-vietnamesische Herrschaft in Kampuchea sich auf Bajonette und Völkermord stützt, muß sie zu Recht die Stationierung von UNO-Kräften fürchten. Die Besatzer haben das ganze Volk gegen sich. Selbst in der Hauptstadt Phnom Penh, die nur wenige Einwohner zählt und zwar nur solche mit Arbeitsnachweis, werden sie bereits in kleinen Aktionen von eingesickerten Guerillakämpfern militärisch angegriffen, was nur mittels Deckung durch die dortige Bevölkerung und selbst durch die von den Vietnamesen aufgestellten "Selbstverteidigungsgarden" gelingen kann.





KAMPFBILANZ JUNI

Die Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea haben im Juni 14.333 Besatzungssoldaten getötet oder verwundet – 2000 mehr als im Mai (12.285). Zwei Monate nach Beginn der Regenzeit, die 5-6 Monate dauert, haben die nationalen Streitkräfte somit 50% des von der Regierung gesteckten Zieles (50.000) erreicht. Weiters wurden im Juni 44 Gebäude und sieben Brücken zerstört, 38 LKW, vier Züge, ein Panzer sowie eine große Anzahl kleinerer Waffen. 34 Stellungen des Feindes wurden eingenommen und acht Dörfer befreit.

Die Ende Juni begonnenen Großangriffe auf das Phnom Malay-Gebirge konnten bis zum heutigen Datum abgewehrt werden, der von den Vietnamesen verbreitete "Fall von Phnom Malay" war nur ein Propagandatrick und am 31. Juli besuchten ein kanadischer Journalist und ein Professor dieses Gebiet, wo sie mit dem Staatssekretär für das Nachrichtenwesen, Chorn Hay, zusammentrafen. (bo)



Sowjetisches Nervengas gegen Eritrea

Die amerikanische Zeitung "Guardian" deckte kürzlich auf, daß massive sowjetische Nachschublieferungen für den Krieg gegen Eritrea auf dem Luft- und Seeweg durchgeführt werden. Kampfhubschrauber (wie sie auch in Afghanistan gegen die Befreiungskämpfer eingesetzt werden), Panzer und gepanzerte Fahrzeuge werden ebenso geliefert wie Nervengas GA, wie eritreanische Flüchtlinge im Sudan berichteten. Für dieses Giftgas gibt es zur Zeit noch kein Gegenmittel. Inzwischen hat sich die Eritreanische Hilfsorganisation im Sudan an die UNO, das Internationale Rote Kreuz, die OAU und die Blockfreienbewegung gewandt. Ermias Debesai, Mitglied des ZK der Eriteanischen Volksbefreiungsfront (EPLF), erwartet eine neuerliche Offensive der sowjetisch-kubanisch-äthiopischen Truppen.

Ohne Ergebnis abgebrochen wurden die Gespräche zwischen dem Chef der äthiopischen Marionettenregierung Mengistu und Sudans Präsident Numeiri. Mengistu hatte verlangt, daß der Sudan die Grenzen zu Eritrea schließe, um den Freiheitskämpfern das Hinterland und die Flüchtlingslager abzuschneiden, was allerdings völlig unannehmbar war.

Mengistu seinerseits hat einen diplomatischen Schachzug gestartet, und sich an die OAU gewandt weil angeblich Somalia "Grenzverletzungen und Aggressionen gegen Äthiopien unternehme". Somalia hat diesen Vorwurf scharf zurückgewiesen. Tatsächlich ist es der Befreiungskampf des Volkes von Westsomalia (Ogaden) gegen die äthiopische Fremdherrschaft, der das Mengistu-Regime und dessen sowjetische Herren nicht beikommen, sondern immer mehr Niederlagen einstecken müssen.(gm)

STOPPT DEN EINSATZ VON GIFTGAS UND ANDEREN CHEMISCHEN KAMPFMITTELN IN ERITREA DURCH DIE ÄTHIOPISCHE REGIERUNG!

Das eritreanische Volk ist seit vielen Jahren das Opfer der barbarischsten Fremdherrschaft. In den letzten Jahren wurde ein völkermörderischer Krieg entfesselt, der den Großeinsatz von Napalm, Entlaubungsgift, Splitterbomben und anderer tödlicher Waffen umfaßt. Die derzeitigen Vorbereitungen der äthiopischen Regierung, die den Einsatz von tödlichem Nervengas einschließen, sind die Reaktion auf sechs fehlgeschlagene Großoffensiven mit tausenden Soldaten. Das Scheitern dieser Offensiven ist einerseits Beweis für den entschlossenen und entwickelten eritreanischen Volkskrieg und zeigt andererseits, daß die äthiopische Regierung und ihre sowjetischen Hintermänner entschlossen sind, alle Mittel anzuwenden, um ihre Besetzung Eritreas aufrechtzuerhalten. Das macht das Problem nur umso dringender. Die Frage geht nun über politische Anschauungen und Richtungen hinaus. Es ist eine menschliche und humanitäre Frage. Alle müssen handeln – und zwar rasch handeln – ungeachtet politischer Richtungen und Meinungsverschiedenheiten –, um diese Katastrophe abzuwenden!

Die äthiopische Regierung legt einen Vorrat von Nervengas (GA) und anderen tödlichen Waffen in Asmara an, um diese gegen eritreanische Kämpfer und Zivilpersonen einzusetzen, in einem letzten, verzweifelten Versuch nach den militärischen Niederlagen. Eritreaner und sie unterstützende Menschen haben sich an UNO-Generalsekretär Waldheim, den derzeitigen Vorsitzenden der Blockfreienbewegung Fidel Castro sowie OAU-Generalsekretär Edem Kojo gewandt. Wir erweitern unseren Aufruf an die internationale Öffentlichkeit, um den Einsatz von sowjetischem Giftgas und anderen tödlichen Waffen gegen das wehrlose Volk zu stoppen – kurz um einen Akt des Völkermords abzuwenden.

CHINA ERPROBT 6-STUNDEN-TAG FÜR SCHICHTARBEITER

Das Ministerium für Kohlenindustrie hat beschlossen, in den Kohlebergwerken, die direkt dem Ministerium unterstehen, schrittweise ein Vier-Schichtensystem mit je sechs Stunden Arbeitszeit für die Arbeiter unter Tage einzuführen. Ferner sollen diese Arbeiter pro Schicht eine kostenlose Mahlzeit erhalten.

Das Vier-Schichten-System wird an die Stelle des bisherigen Drei-Schichten-Systems mit je acht Stunden treten.

Das neue System, das in manchen Bergwerken ein Jahr lang erprobt wurde, soll schrittweise in allen Bergwerksverwaltungsstellen praktiziert werden. In diesem Jahr wird das System zunächst in einem Bergwerk pro Kohlenrevierverwaltung probeweise eingeführt, um Erfahrungen zu sammeln. In den folgenden zwei oder drei Jahren soll es dann allgemein durchgeführt werden.

Der Beschluß über die Einführung dieser Reform wurde entsprechend einer Anweisung des ZK der KPCh und des Staatsrates gefaßt und zielt darauf ab, die Gesundheit der Kumpel zu schützen und ihnen mehr Zeit für Studium und Erholung zu schaffen.

(aus: Beijing-Rundschau)

KIM DAE JUNG GREIFT SEOULER REGIME AN

Seit einer Woche läuft in Seoul der Prozeß gegen den Führer der Opposition Kim Dae Jung und 23 Mitangeklagte. Das Regime will Kim zum Tode verurteilen. Nun hat dieser vor dem Gericht entlarvt, wie aus ihm durch Folter, Isolierhaft und Dauerverhöre "Geständnisse" herausgepreßt wurden, die er nun widerrief. Das Regime und sein Gericht wollen Kim als Anführer beim Aufstand der Bevölkerung von Kwangju verurteilen, sie wollen Terrorurteile fällen, um das Volk einzuschüchtern. Das mutige Auftreten Kims vor Gericht zeigt aber, daß der Volkswiderstand nicht zu unterdrücken ist. Kim ist so zu einem Symbol für den Kampf des Volkes gegen faschistische Unterdrückung und gegen die amerikanische Fremdherrschaft geworden.

Sozialimperialisten auch in Kabul heftig bekämpft

Während sich der Chef der afghanischen Marionettenregierung, Babrak Karmal, gegenüber bulgarischen Besuchern in Phantastereien erging, die "Rebellen seien weitgehend vernichtet" und Karmal "beherrsche die Lage", während der Oberherr Karmals, der Kremlzar Breschnew, ein Glückwunschtelegramm zur 60jährigen Befreiung Afghanistans vom britischen Imperialismus schickte, in dem kein Wort von den über 100.000 sowjetischen Truppen in Afghanistan zu finden ist, sondern vom "blühenden Aufbau eines sozialistischen Landes", während also diese ganze gut eingespielte Lügenpropaganda abgezogen wird, ist mitten in Kabul das größte Öllager der sozialimperialistischen Besatzer in die Luft geflogen. Am 19. wurden bei einem Angriff der Freiheitskämpfer auf den Kabuler Flughafen zwölf Sowjetsoldaten getötet und zahlreiche verwundet. Praktisch vom sowjetischen Nachschub abgeschnitten wurde die drittgrößte Stadt des Landes, Herat, im Nordwesten gelegen. Dieses Gebiet hatten die Sowjets als Aufmarschfeld gegen den Iran ausersehen.

SOWJETISCHE MILITÄRDELEGATION IN KABUL

Anläßlich des erwähnten Unabhängigkeitstags kam auch eine hohe sowjetische Militärdelegation nach Kabul. Über die Unterredungen wurde nichts bekanntgegeben. Aus den Taten allerdings kann man ersehen, daß die Sozialimperialisten sich auf einen längeren Krieg und vor allem auf Massaker an der Zivilbevölkerung einstellen. Der Aktion gegen den Kabuler Flughafen war ein Flächenbombardement der Umgebung gefolgt, die stark besiedelt ist. Im Grenzgebiet zu Pakistan in der Provinz Nuristan wurden zahlreiche Dörfer von den Sowjets niedergebrannt, die Grenzen teilweise vermint. Der Einsatz von kleinen Bomben, getarnt als Gebrauchsgegenstände oder Spielzeug der vor einigen Wochen bekannt wurde, war von langer Hand geplant, wie der französische Völkerkundler Jean Christophe Victor gegenüber "Le Monde" bewies. Diese Kleinbomben trugen zyrillische Aufschriften und das Erzeugungsdatum "22.2.1980".

Während sich die Sowjets offenbar nicht einmal in ihren Zentren wie Kabul sicher bewegen können – sie fahren nur noch in großen Konvois, von Kampfhubschraubern begleitet – und ihre Politik des Völkermords gerade vor der UNO-Generalversammlung international scharf verurteilt wird, haben ihre Propagandisten ein neues Mittel auszuprobieren brgonnen. Marionettengeneral Gul Aga hat die Freiheitskämpfer als "Rebellen" bezeichnet, "die nicht einmal vor Kannibalismus zurückschrecken". Das ist offenbar eine noch absurdere Neuauflage der Haßtiraden gegen das "blutrünstige Pol-Pot-Regime", die den vietnamesischen Überfall auf Kampuchea rechtfertigen sollten. Es ist allerdings zu befürchten, daß nach der KPÖ auch bald gewisse Kreise der SPÖ die fortschrittlichen Seiten des Karmal-Regimes" entdecken werden, womit der Politik der Regierung, die Sowjetinvasion nicht zu verurteilen, die Beziehungen zu Karmal nicht abzubrechen und die Freiheitskämpfer nicht zu unterstützen, Schützenhilfe erwächst.(gm)

Schweizer unterstützen Eritreas Befreiungskampf



Dieser LKW ist einer der beiden MAN-Transporter, die das Schweizer Hilfskomitee für Eritrea gespendet und geliefert hat. Das Komitee hatte vor einem Jahr den Beschluß gefaßt, Transportmittel und Ausrüstungsgegenstände für Eritrea zu spenden. Man kaufte von der deutschen Bundeswehr zwei geländegängige 12-Tonnen LKWs und reparierte sie. Dann ging die Sammlung los – im Zusammenhang mit einer breiten Aufklärungskampagne über den nationalen Befreiungskampf Eritreas. Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Rollstühle, Zelte, Kleidung, Medikamente, Werkzeug, Milchpulver, Material für Bildungsaufgaben, aber auch ein kompletter Operationstisch und zwei Röntgengeräte wurden gespendet. Insgesamt kamen zwanzig Tonnen Hilfsgüter zusammen. Im Jänner 1980 ging dann die lange und teilweise sehr beschwerliche 5000 Kilometer-Reise los. Manchmal mußten die LKWs aus dem Wüstensand ausgegraben werden, aber im Feber erreichten die Wagen das eritreanische Flüchtlingslager im Sudan, wo die Güter verteilt und die LKWs übergeben wurden. Sie werden – mit Diesel Benzin oder sogar Altöl betrieben – hoffentlich noch lange ihren Dienst für den Befreiungskampf Eritreas tun.

UNO-Vollversammlung:

Für die Dritte Welt, gegen den Sozialimperialismus!

Schon lange ist die UNO und ihre Vollversammlung eine Tribüne des Kampfes gegen den Imperialismus. Dementsprechend finden sich fast alle Punkte des Kampfes vor allem der Dritten Welt gegen die Supermächte auf der Tagesordnung. Auch auf der am 16.9. beginnenden 35. Generalversammlung.

Es liegt auf der Hand, welche Fragen diese Versammlung vor allem bestimmen werden: Kampuchea, Afghanistan, Palästina. Hauptangegriffener wird die Sowjetunion sein müssen und wahrscheinlich auch sein. Dahingehend sind auch Forderungen an die österreichische Delegation zu stellen.

Die Lage in Kampuchea wird ein ganz hervorragender Punkt sein. Die Waldheim-Reise vor wenigen Wochen war kein guter Dienst. Sie läßt ahnen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten einen neuerlichen Vorstoß unternehmen werden. Im Rahmen der UNO geht es ihnen um die Vernichtung des legitimen Sitzes des Demokratischen Kampuchea. Das wird nicht so leicht gehen. Sie werden daher auch "pragmatische" Vorschläge machen, scheinbare Kompromisse, scheinbare Vorbereiter einer "politischen Lösung". Sie sollen aber alle nur den Weg ebnen dafür, doch irgendwann ihre Aggression auch diplomatisch und in der UNO abzusichern. Denn allesamt haben die Vorschläge die Umgehung des Demokratischen Kampuchea zum Inhalt. Schon bei der vorjährigen Generalversammlung ist Österreich da als reaktionärer Heuchler aufgetreten. "Österreich hat in seinen Debattenbeiträgen in unmißverständlicher Form sowohl(!) die Menschenrechtsverletzungen der Pol-Pot-Regierung als auch(!) die Aggression Vietnams und seine fortgesetzte Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates verurteilt." (Aussenpolitischer Bericht 1979). Immerhin war aber der internationale, in diesem Punkt vor allem von den ASEAN-Ländern ausgehende Druck so stark, daß Österreich immerhin für den Abzug der Truppen stimmen mußte. Noch bedenklicher aber sind die Taten. Die Beziehungen mit Vietnam haben sich im Jahr der Aggression keineswegs verschlechtert. Allein die Ausfuhren stiegen von nicht mal einer Million auf 288 und erreichten damit den Spitzenwert für alle südostasiatischen Staaten. Und im Inneren ausdrückliche Ablehnung der vom KB gesammelten Spendengelder für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea. Die Hilfe, humanitäre Hilfe, wird ebenfalls Gegenstand der Auseinandersetzung auf der Generalversammlung sein. Sowohl UNICEF, als auch das Internationale Rote Kreuz haben ihre Hilfsleistungen an der thailändisch-kampucheanischen Grenze eingestellt. Damit soll die Versorgung der Gebiete, die vom Demokratischen Kampuchea kontrolliert werden, verhindert werden. Vor allem Thailand fordert die sofortige Wiederaufnahme dieser Hilfsleistungen. Das entspricht vollständig den Entschließungen der UN-Vollversammlung. Die österreichische Delegation muß sich daher solchen Resolutionen anschließen. Alles andere ist direkte Unterstützung des Aggressors, dem man wirtschaftlich zur Seite steht.

Zu Beginn des Jahres forderte eine Sondersitzung der UN-Vollversammlung den sowjetischen Truppenrückzug aus Afghanistan. Ebenso wie bei Kampuchea konnte sich die Regierung dem internationalen Druck nicht entziehen und stimmte dafür. Was sie alles ohne den vorhandenen Druck machen würde, kann man erahnen an Kreiskys Eintreten für die "legitimen Interessen" der UdSSR in Afghanistan. Von einer Politik wirklich im Sinne dieser Resolution kann keine Rede sein. Die Beziehungen zum Marionettenregime wurden nicht angebrochen. Keine Unterstützung Pakistans, schon gar nicht der Befreiungsbewegung.

Eine Reihe islamischer Länder hat einen Resolutionsentwurf auf die Tagesordnung gesetzt über die "Gefährdung des Weltfriedens infolge der Ereignisse in Afghanistan". Das ganze Gerede von "politischer Lösung", an der sich auch die österreichische Bourgeoisie so beteiligt ("Neutralisierung"), dient nur dazu, die entscheidende Frage zu umschiffen: den sofortigen und bedingungslosen sowjetischen Truppenabzug. Das genau interessiert Kreisky nicht, doch genau das stellen die islamischen Länder in den Mittelpunkt. Die österreichische Delegation muß diese Entschließung unbedingt unterstützen. Außerhalb der UNO ist der Abbruch der Beziehungen zum Marionettenregime notwendig. Mit der Formierung der Widerstandsbewegung zur Provisorischen Regierung wird das immer dringender. Die im Juli abgehaltene Sondervollversammlung zu Palästina brachte großen Fortschritt. Die Versammlung bekräftigte das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat und forderte Israel auf, vor dem 15. November mit dem Truppenabzug aus allen besetzten Gebieten zu beginnen. Die österreichische Delegation hat sich enthalten. Sie hat sich noch bei jeder Palästina-Resolution, die einen großen Fortschritt markierte, z.B. 3236 im Jahr 1974, enthalten. Die Resolution der 35. Generalversammlung wird kaum über die Sondersitzung hinausgehen. Wie dringend aber ganz entschiedene Unterstützung des palästinensischen Volkes ist, zeigt nicht nur die neuerliche zionistische Aggression im Südlibanon. Ohne Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes wird auch dem Hauptproblem im Nahen Osten, dem Hegemonismus der Supermächte und dem Expansionskurs der Sozialimperialisten nur schwer begegnet werden können. So paßt die äußerst halbherzige Unterstützung Palästinas genau in das prosowjetische Bild der österreichischen Außenpolitik. Und prosowjetisch ist diese Politik, und erst recht die Rechtfertigung dafür. Geradezu absurd Pahr: "Fast alle Teilnehmerstaaten (der KSZE) in Ost und West ringen mit wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten und wenden sich daher nach innen." (Außenpolitischer Bericht). Zum Beispiel Kabul. Sowieso sind für die österreichische Bourgeoisie "Fortschritte" selbst bei der sogenannten Entspannung nur wichtig, "da sonst der Entspannungsprozeß unglaubwürdig" wird (Pahr). Es geht nicht einmal darum, daß die österreichische Bourgeoisie selber Illusionen hat, sondern darum, daß das Entspannungsgerede nur mehr verwendet wird zur Verdekkung der mehr und mehr prosowjetischen Außenpolitik.

Das schlägt sich vor allem auch nieder im österreichischen Verhalten bezüglich der Abrüstungsfragen. Das ganze Gerede von Entspannung erscheint in anderem Licht, wenn es ohnedies nur mehr um die "Glaubwürdigkeit" geht. Österreich hat bislang alle Täuschungsmanöver und Propagandamanöver der sowjetischen Sozialimperialisten ("Truppenabzug" aus Osteuropa) "begrüßt". Wenn das Aufrüsten "Kritik" seitens der österreichischen Bourgeoisie hervorruft, dann wie bei Herrn Pahr "Ich bin der Auffassung, daß ein Mehr an Rüstung auch die Sicherheit der am besten gerüsteten Staaten nicht erhöht, sondern gefährdet. " (Außenpolitischer Bericht). Natürlich ist das absurd. Dementsprechend hat sich Österreich noch immer gegen effektive und wirksame Vorschläge, wie sie etwa immer wieder von der chinesischen Regierung gemacht werden, entgegengestellt. Abrüstung muß wirksam sein und bei der Sowjetunion beginnen. Das muß der Hallogische Unterstutzung und Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe. Generell kann gesagt werden, daß Österreich die diesbezüglichen Anträge der Gruppe der 77 (wirtschaftlicher Zusammenschluß der Dritten Welt unterstützen muß, das heißt, ihnen zustimmen.

tung der österreichischen Bourgeoisie entgegengestellt werden.

Der Kampf um die Neue Weltwirtschaftsordnung wird sich auf der Versammlung wiederfinden als eine Vielzahl von Anträgen und Forderungen zu einzelnen Fragen wie Rohstoffe, Welthandel, technologische Unterstützung und Zusammenschluß der Dritten Welt) unterstützen muß, das heißt, ihnen zustimmen.

Die Arbeiterklasse muß ihre eigene internationale Politik machen. Forderungen an die Bourgeoisie gegen ihren reaktionären prosowjetischen Kurs zu richten:

- Unterstützung für das Demokratische Kampuchea. Aktives Eintreten für die Wahrnehmung des Vertretungsrechts für die Regierung des Demokratischen Kampuchea.
Zustimmung zu allen Resolutionen, die den bedingungslosen Abzug der vietnamesischen Truppen fordern.
Zustimmung zur Gewährung internationaler humanitärer Hilfe an das Demokratische Kampuchea.

- Zustimmung zur von einigen islamischen Ländern vorbereiteten Afghanistan-Resolution nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan.
- Unterstützung der Anträge der Indik-Anrainer auf Schaffung einer wirklichen Friedenszone im indischen Ozean durch Abzug der Supermachts-Flotten und Auflösung aller Flottenstützpunkte.

- Zustimmung zu allen Palästina-Resolutionen, die auf der Linie der Resolution der Sondervollversammlung liegen.
Verurteilung der israelischen Aggression gegen den Libanon.

- Unterstützung aller Anträge der Gruppe der 77.

DIE BOLIVIANISCHE MILITÄRJUNTA WEGEN VERFOLGUNG VON ARBEITERFÜHRERN VERURTEILT

Ein Verantwortlicher des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes verurteilte in einem Interview mit einem Korrespondenten der "Gongren Ribao" am 23.Juli scharf die bolivianische Militärjunta wegen der Schließung der Gewerkschaftszentrale, der Verhaftung und Hinrichtung von Gewerkschaftsführern und der Unterdrückung des Volkes. Er sagte, der kürzliche Militärputsch in Bolivien sei "eine große Herausforderung für die bolivianischen Werktätigen und die anderen lateinamerikanischen Völker, die für die Demokratie kämpfen".

Er sagte weiter, der Allchinesische Gewerkschaftsbund fordere, daß die bolivianische Militärjunta die Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiter und des übrigen Volkes sofort einstellt, die verhafteten Gewerkschaftsführer und andere Inhaftierten freiläßt und die demokratischen Rechte des Volkes anerkennt.

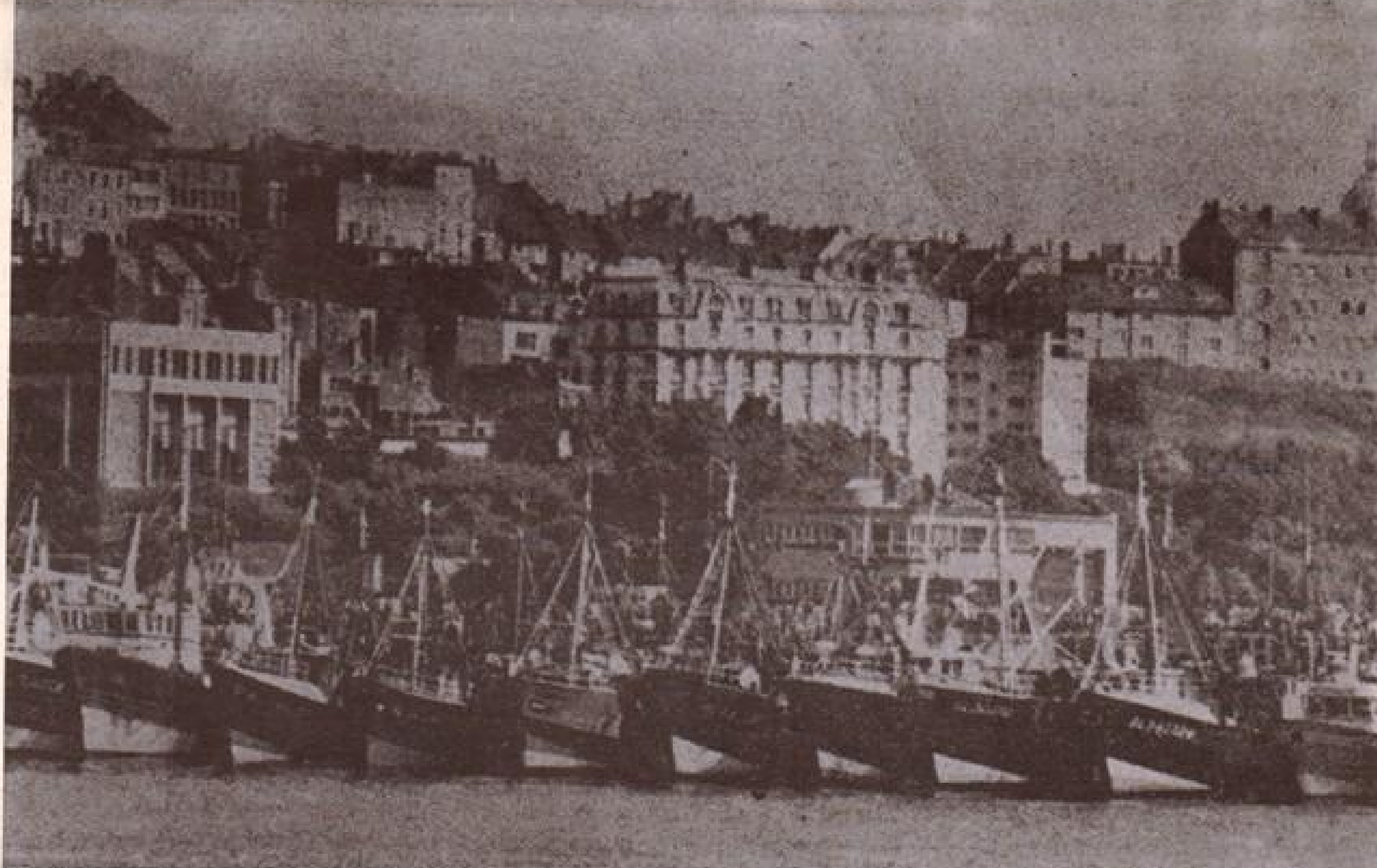
Zum Schluß sagte er: "Die chinesischen Arbeiter und Gewerkschaften drücken ihre entschiedene Solidarität mit den Arbeitern und dem Volk Boliviens aus, die für Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und ihre eigenen Interessen kämpfen."
(aus "Beijing-Rundschau")

UNO-SICHERHEITSRAT VERURTEILT JERUSALEM-GESETZ

Am 20.August verurteilte der UNO-Sicherheitsrat mit 14 Prostimmen und einer Enthaltung (der USA) das israelische Jerusalemgesetz, wonach diese Stadt zur "ewigen udn unteilbaren Hauptstadt" des Siedlerstaates gemacht werden soll. Die Resolution besagt, daß dieses Gesetz dem internationalen Recht widerspreche und daher null und nichtig sei. Charakter und Status Jerusalems dürfen nicht verändert werden. Alle Staaten wurden aufgefordert, ihre Botschaften aus Jerusalem abzuziehen.

Die Resolution ist ein großer Erfolg des palästinensischen Volkes und ein Schlag gegen Israel, auch wenn eine schärfere Resolution islamischen Staaten dann nicht mehr eingebracht wurde. Die USA mußten sich enthalten, obwohl sie nicht dafür waren und und die Resolution "bedauerten". Israel war vollkommen isoliert.

Frankreichs Fischer trotzen Kriegsmarine



Vor fast vierzehn Tagen hatte die Blockade von Häfen durch streikende Fischer in der Bretagne begonnen. Er dehnte sich schnell auch auf die Häfen derNormandie, auf eine Reihe von Atlantikhäfen, auf das Mittelmeer und auf Korsika aus. Der Grund des Streiks sind die schlechten Lohnverhältnisse und die drohende Arbeitslosigkeit für einen Teil der etwa 25.000 Fischer.

Die Hälfte der Fischer sind kleine Selbständige, die der stark gestiegene Dieselpreis (in einem Jahr um 130%) ruiniert. Den anderen, die auf den Kuttern der Reedereien fahren, soll es an die Arbeitsplätze gehen. Die Reeder wollen die Belegschaft pro Kutter von 22 auf 18 Mann reduzieren, die Verbleibenden müßten die selbe Arbeit, wie vorher die 22 leisten.

Auf diese Weise sollen die Schwierigkeiten der französischen Fischerei auf dem Rücken der Fischer behoben werden. Heute führt Frankrteich Fisch im Wert von 3 Milliarden Francs ein. Mehr als die eigene Produktion ausmacht.

Die Fischer verlangen, daß der Dieselölpreis stärker subventioniert wird (derzeit 50 Millionen Francs im Jahr), daß niemand entlassen wird, und daß höhere Preise für den Fang garantiert werden. Deshalb die Blockade der Seehäfen, wodurch die Transportwege für Rohstoffe ebenso lahmgelegt werden wie der Transitverkehr über den Ärmelkanal. An der Fischerei hängt eine Industrie (Konservierung und Verarbeitung) in der rund 100.000 Arbeiter beschäftigt sind.

Nachdem Verhandlungen auf lokaler Ebene gescheitert waren, hatten am 18.August die Gewerkschaften CFDT, CGT und die Fischereigewerkschaft zum unbefristeten Streik und zur Blockade aufgerufen.

Die Besitzer der fischverarbeitenden Industrien waren die ersten, die die Regierung zum Eingreifen aufforderten und ihr "Nachgiebigkeit" vorwarfen. Aber erst die Blockade der Ölhäfen Fos bei Marseille und Saint Nazaire führte zum Eingreifen der Kriegsmarine. Die Staatsmacht durchbrach gewaltsam die Blockade, um den Tankern die Ausfahrt aus den Häfen zu ermöglichen. Die Fischer beantworteten diese Provokation mit der Ankündigung, die Blockade weiter zu verstärken. Verkehrsminister Le Theule hat sich bis jetzt geweigert, irgendwelche Zugeständnisse bezüglich des Dieselpreises zu machen, wobei er sich auf die Bestimmungen der EG ausredet. (gm)

Die besten Freunde der polnischen Arbeiter



Täuschende Eintracht

Schwierige Zeiten sind für die "Volksstimme" angebrochen. Seit die Arbeiter der Lenin-Werft in Danzig die Arbeit niedergelegt haben, muß sie ihren ganzen Scharfsinn aufwenden, um zu verbergen, mit wem sie tatsächlich in diesem Kampf "Solidarisch" ist, um ihre Leser gegen Polens Arbeiter zu hetzen, ohne daß sie es merken sollen.

Als vorübergehende Unstimmigkeit zwischen den Arbeitern und ihrer Regierung konnte sie die Sache nicht lange behandeln. Am 17. August meldete sie zwar schon daß nach "offiziellen Angaben" der Streik beendet sei, doch in der nächsten Nummer waren aus den offiziellen Angaben "Meldungen verschiedener westlicher Presseagenturen vom Samstag, auf die sich auch ein Bericht der 'Volksstimme' stützte", geworden, und die waren "Verfrüht" gewesen. Die westlichen Presseagenturen hatten allerdings auch nur die Falschmeldung der polnischen Agentur "Interpress" und der polnischen Behörden wiedergegeben, mit der sowohl die polnische als auch die Weltöffentlichkeit irregeführt werden und Druck auf die Streikenden ausgeübt werden sollte.

Nur die Härte und Entschlossenheit der polnischen Arbeiter, die die Regierung auf einen Kurs der Zugeständnisse zwang, ersparte es dem KPÖ-Blatt, sich offen gegen streikende Arbeiter stellen zu müssen. Da Gierek einzulenken versuchte, konnte auch die Volksstimme "die zum Teil berechtigte Unzufriedenheit polnischer Arbeiter" anerkennen.

Grundsätzlich anerkennen, aber gleichzeitig in den Dreck ziehen, das ist jetzt die Methode des Blattes einer "Arbeiterpartei" gegenüber den polnischen Arbeitern.

Verfolgt man die Argumentation der "Volksstimme" über ein paar Nummern hinweg, so ergibt sich die Aussage: 'Den polnischen Arbeitern geht's eh gut, sie wollen mehr Fleisch, obwohl sie eh mehr haben als zum Beispiel die österreichischen Arbeiter':

"Einer der Hauptursachen für die jüngsten Streiks und Arbeitsniederlegungen in den polnischen Betrieben dürften die Tatsache sein, daß der sogenannte 'graue Markt' legalisiert wurde, auf dem Fleischwaren um weitaus höhere Preise als in den staatlichen Geschäften verkauft werden durften".

"Die 'Presse' schreibt in ihrem Dienstag-Leitartikel es gehe in Polen eben um 'mehr als leere Fleischtöpfe'. Sie sagt nicht genau, was dieses 'Mehr' ist, aber sie weiß sehr gut, was sie meint. Der Sozialismus soll in Polen wieder beseitigt werden".

Das schreibt die "Volksstimme" zu einem Zeitpunkt, als über das 16-Punkte Streitprogramm des überbetrieblichen Streikkomitees der Danziger Betriebe, das Presse-, Versammlungs- und Gewerkschaftsfreiheit fordert, in allen Zeitungen berichtet wurde.

"Der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung stieg etwa zwischen 1970 und 1978 in Polen von 53 auf über 70 kg, in Wiener Arbeiterhaushälten von 55.5 auf 60.5 kg".

Da fragt man sich wirklich, was wollen die Polen eigentlich? Noch mehr Fleisch? Oder ist es so, daß es den polnischen Arbeitern wenig hilft, wenn man den Durchschnittsverbrauch der polnischen Gesamtbevölkerung mit dem von Wiener Arbeitern vergleicht.

Denn der Streik geht ja - unter anderem - dagegen, daß die privilegierten Klassen Polens in Spezialgeschäften jenes Fleisch kaufen, das die Arbeiter nicht kriegen. Wenn die Bonzen mehr fressen, erhöht sich der Durchschnittsverbrauch auch, aber davon ist noch kein Arbeiter satt geworden.

Erstens also ist die Unzufriedenheit der Arbeiter teilweise berechtigt. Zweitens geht es ihnen eh nur ums Fleisch. Drittens aber sind die Streiks natürlich unverantwortlich und schädlich:

"Die Streiks können zwar nicht helfen, die Probleme zu lösen. Sie sind in einem sozialistischen Land gleichsam ein Unglücksfall. Sie dokumentieren aber gleichzeitig, daß auch dort gestreikt werden kann". So der Sekretär des Zentralkomitees der KPÖ Erwin Scharf vor Funktionären. Daß die Streikenden ein Denkmal für die Erschossenen des Sechsundsiebzigerstreiks gefordert haben, dokumentiert allerdings auch, "daß



Ein neuer Bourgeois, als Bergmann verkleidet: Gierek

auch dort gestreikt werden kann".

Nun gilt es auch noch, das gewählte Streikkomitee der Arbeiter zu verleumden:

"Ein Sprecher der polnischen Regierung in Warschau unterstrich am Mittwoch, daß Verhandlungen mit dem selbsternannten Streikkomitee in Gdansk für alle Betriebe nicht möglich seien. In dem Komitee befinden sich zahlreiche Feinde des Sozialismus, die nicht einmal in den Betrieben beschäftigt seien. Deren Aktivitäten liessen ernsthafte Gespräche nicht zu. Hingegen ist die Regierung bereit, mit den einzelnen Belegschaften in den Betrieben über ihre Forderungen zu verhandeln."

"Und Volksstimme" - Chefredakteur Hans Kalt schreibt:

"Als etwa vor einigen Jahren die Böhler-Arbeiter im Ybbstal streikten - da haben die gleichen Medien diesen Streik totgeschwiegen. Und wenn damals Betriebsfremde etwa die Böhler-Werke besetzt hätten, da hätten sie bestimmt nicht gejubelt, sondern nach der Gendarmerie geschrien."

Nun ist es endlich klar: Es sind gar nicht die Arbeiter, es sind "Betriebsfremde und Feinde des Sozialismus", die die Betriebe besetzt halten, es ist ein "selbsternänntes Streikkomitee", das in Wirklichkeit hinter allem steckt, und die Menschen aufhetzt.

Die berechtigten Forderungen wollte die Regierung sowie schon lange erfüllen. Das ist ganz klar, denn berechtigte Forderungen sind solche, die von der Regierung erfüllt werden:

"Die Zusicherung der polnischen Regierung, den Fleischpreis auf jeden Fall bis nach der nächsten Ernte einzufrieren und überhaupt die Preiskontrolle wesentlich zu verschärfen, beweist, daß die Forderung, den Fleischpreis nicht dem 'freien' Markt zu überlassen, berechtigt ist".

Woraus sich ergibt, daß die Forderungen, deren Erfüllung die polnische Regierung nicht zusichert, offenbar auch nicht berechtigt sind. Denn "etwas völlig anderes sind die Forderungen, die antisozialistische Kräfte innerhalb und außerhalb Polens in die Bewegung der Arbeiter der streikenden Betriebe hereintragen wollen. Einige Forderungen vor allem des sogenannte "überbetrieblichen" Streikkomitees laufen auf Untergrabung der sozialistischen Staatsmacht hinaus."

Antisozialistisch sind also die Forderungen nach der Gewerkschaftsfreiheit, nach der Garantie des Streikrechts, nach der Aufhebung der Zensur, nach der Freilassung der politischen Häftlinge, nach der Aufhebung der Privilegien, des Sicherheitsdienstes, der Miliz und des Parteiapparats und nach Abschaffung der Läden für Privilegierte.

Diesem "Überbetrieblichen" Komitee gehören auch Nichtbetriebsangehörige an, ebenso befinden sich unter den Besetzern der Lenin-Werft Nichtwerksangehörige. Da hat sie allerdings recht, die "Volksstimme", unter den Besetzern finden sich auch Nichtwerksangehörige, zum Beispiel Polizeispitzel, die von den Arbeitern empört von den Arbeitern aus dem Werksgelände hinausbefördert werden. Andere wiederum sind seit den letzten Streiks im Jahr 1976 "Nichtwerksangehörige", weil sie damals entlassen wurden und erst jetzt wieder von ihren Kollegen in den Betrieb geholt wurden. Andere sind Delegierte anderer Betriebe, sind Bauern, die Nahrungsmittel bringen, sind Studenten und Intellektuelle, die den Streik unterstützen.

Freilich, gerade das ist der "Volksstimme" nicht recht. Denn der Zorn der Arbeiter soll auf die Bauern gelenkt werden, die als die eigentlichen Schuldigen an der Lebensmittelknappheit enlarvt werden: "Während im Kapitalismus



Das Streikkomitee tagt

immer mehr die mechanisierte, kapitalistische Großlandwirtschaft - in den anderen Ländern die genossenschaftliche und staatliche Großlandwirtschaft - dominiert, herrscht in Polen die kleinbäuerliche Landwirtschaft vor. Diese ist aber auf jeden Fall weniger produktiv als jede Großlandwirtschaft." Daß es der Kommunistischen Partei Polens vor 30 Jahren nicht gelungen ist, in der Landwirtschaft sozialistische Verhältnisse durchzusetzen ist sicher einer der Gründe für die kapitalistische Entartung Polens. Wenn heute jedoch die polnischen Arbeiter den Kampf um bessere Lebensmittelversorgung unter der Nationalflagge Polens führen, also gegen die russische Fremdherrschaft, und nicht gegen die Bauern, die ebenso schwer arbeiten wie sie und noch schlechter leben, so tragen sie damit nur den geänderten Verhältnissen Rechnung. Mögen auch manche die sozialimperialistische Armee von heute mit der Roten Armee von 1920 gleichsetzen, nicht der "Geist des Faschisten Pilsudski" (der Polen vor dem Zweiten Weltkrieg regierte), sondern der Geist des antifaschistischen Freiheitskampfes, der Geist des jahrhundertealten Kampfes um nationale Selbständigkeit gegen die Monarchen von Preußen, Österreich und Rußland lebt in dem Kampf der polnischen Arbeiter.

Schließlich sandte die "Volksstimme" doch noch eine Korrespondentin nach Polen, die dort nur mehr die Entdeckung machen konnte daß eigentlich der ganze Streik und die ganze Aufregung umsonst gewesen war, denn: "Reformen seit Monaten im Gespräch. .... aber die Bevölkerung Polens wurde nicht informiert."

"Über alle diese Fragen wird im Zentralkomitee seit Monaten diskutiert, es blieb aber bei den Diskussionen in diesem Rahmen, zusammen mit einem Expertenausschuß von etwa 1.500 Personen. Die Öffentlichkeit war darüber nicht informiert, und viele Menschen hatten den Eindruck, daß man nichts tun wolle. Es hat zu starken Spannungen geführt, die nicht abgebaut wurden. Dabei wäre sich die Bevölkerung ohnehin darüber klar gewesen, daß nicht alles in kurzer Zeit getan werden könnte, die klare Absicht etwas zu tun, hätte zweifellos viele Spannungen abgebaut.

Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß, wenn auch in kleinerem Ausmaß, in Polen seit sechs Wochen da und dort gestreikt wurde. Wenn man schon vor sechs Wochen klar gemacht hätte, woran Partei und Staatsführung arbeiten, hätte manches vermieden werden können."

Also war das Ganze völlig überflüssig.

Partei und Staatsführung arbeiten sowieso an der Lösung der Probleme, gestreikt wird nur, weil die Arbeiter das nicht gewußt haben. Jetzt wissen sie's und können gefälligst langsam zur Vernunft kommen.

Und so hat die "Volksstimme" schon den Boden bereitet, um demnächst schon jeden der noch streikt zum Feind des Sozialismus und der Arbeiter erklären zu können, und, wenn geschossen wird, ihren Segen dazu zu geben.



Bald schon im Einsatz?

Innere Angelegenheiten

Die "Volksstimme" schreibt:

"TEHERAN. Der derzeit noch amtierende iranische Außenminister Ghotbzadegh scheint sich mit einem wüsten antisowjetischen Trommelschlag aus der iranischen Politik verabschieden zu wollen. In einem Schreiben an seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko wirft der iranische Außenminister der Sowjetunion zahlreiche, gegen den Iran gerichtete Aktivitäten vor und stellt an die Regierung der UdSSR Forderungen, die eigentlich nur als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion verstanden werden können."

Welches sind diese inneren Angelegenheiten? Im nächsten Satz erfahren wir es:

"So forderte Ghotbzadegh die Sowjetunion in ultimativem Ton auf, ihr Truppenkontingent aus Afghanistan zurückzuziehen."

Für die "Volksstimme" ist also Afghanistan bereits ausgelöscht, es ist Bestandteil der Sowjetunion und was dort geschieht ist ihre innere Angelegenheit und geht niemanden etwas an, nicht den iranischen Außenminister und schon gar nicht die Afghanen.

Bisher haben wir noch geglaubt, bei dem sowjetischen Truppeneinsatz handle es sich um einen Freundschaftsdienst an einem benachbarten sozialistischen Land. Doch eigentlich ist die Schlußfolgerung der "Volksstimme" nur logisch: Zwar verbietet das Völkerrecht, fremde Länder zu annektieren, doch ist ein Land erst einmal annektiert, wird alles, was dort geschieht, naturgemäß zur inneren Angelegenheit des Besatzers, in die sich niemand mehr einzumischen hat. Auf die Kurzformel gebracht heißt das: "Rußland ist dort, wo seine Soldaten sind".

Freilich braucht es nicht einmal die Anwesenheit russischer Soldaten, um die Angelegenheiten eines Landes zu inneren Angelegenheiten der Sowjetunion zu machen. Im nächsten Satz der Meldung heißt es:

"Außerdem solle die Sowjetunion sofort ihre Unterstützung für die Tudeh-Partei einstellen". Die Unterstützung der Sowjetunion für die iranische revisionistische Partei ist also keine Einmischung der Sowjetunion in iranische Angelegenheiten, sondern die Forderung nach Einstellung dieser Unterstützung ist eine Einmischung in sowjetische innere Angelegenheiten. Will die "Volksstimme" damit sagen, daß die Tudeh-Partei gar keine iranische Partei ist, sondern eine Russenpartei? Oder einfach: "Rußland ist dort, wo seine Agenten sind" ?

Die "Volksstimme" sollte einen Aufruf an alle Völker erlassen: "Mischt Euch nicht in Eure Angelegenheiten! Sehr bald werden es russische sein!" (sj)